Montag, den 14. August 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 188.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 50.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 150.— Mk., monatlich 50.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 3—4 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 1,20 Mk., Familienanzeigen 1,00 Mk., Stellengesuche 80 Pfg.; außerhalb 1,50 Mk., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite für 1 mm Höhe 8.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Betreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Anzeigenschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Die Ottomanisierung Deutschlands.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

TU. **Paris, 12. Aug. Die Presse ist im großen und ganzen überzeugt, daß es zu einem Kompromiß zwischen England und Frankreich kommen wird. Das „Oeuvre" läßt sich aus London melden, daß man dem tatsächlichen Ende der Konferenz von London entgegensetzen könne. Man wird, so schreibt das Blatt ironisch, wieder einmal mit Schluß der Debatte mit großen Worten die unlösliche Solidarität zwischen England und Frankreich rühmen.**

Zwei Nachrichten sind einander gegenüberzustellen. Deutschland hat Zahlungsaufschub verlangt. Dafür droht ihm die Türkisierung. Das gilt vor allem von der Unabhängigkeit der Reichsbank, sowie von der Herabsetzung der schwebenden Schulden. Selbst wenn die Deutsche Reichsbank nach London verlegt wird, so übt das auf die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht den geringsten Einfluß aus. Auch die Herabsetzung der schwebenden Schuld schafft keine Mittel für die Wiederherstellung. Der Verband kann bei Notenpresse stillegen, die Ausgabe von Schatzwechseln untersagen. Dann muß er aber auch damit rechnen, daß die deutsche Regierung erklärt, auch die Sachlieferungen nicht mehr finanzieren zu können. Selbst dann nicht, wenn sie auf der anderen Seite gewaltsam die Ausgaben im Reichshaushalt kürzt, also etwa den Zinsendienst für die Reichsschulden einstellt. Auf die Zahlungsfähigkeit des Reiches hat die Tätigkeit der Notenpresse nicht den geringsten Einfluß.

Was das Reich sonst einnimmt und ausgibt, um die allgemeine Verwaltung aufrecht zu erhalten, kann selbst bei erheblicher Einschränkung keine Mittel für die Wiederherstellung freimachen. Wir können den Verkehr nicht abdrosseln, die Verwaltung nicht aufheben, sondern wir brauchen das eine wie das andere für Staat und Wirtschaft. Wenn der Bürgschaftsausschuß seine Tätigkeit nach Berlin verlegt, d. h., die deutschen Finanzen beaufsichtigt, kann er es in verhältnismäßig kurzer Zeit erreichen, daß wir nach innen und außen zahlungsunfähig werden. Dann sind endlich die „Verfehlungen" gegeben, auf Grund deren Poincare die Freiheit des Handelns gegen Deutschland für sich in Anspruch nehmen will.

Deutschland kann und darf sich diese Eingriffe nicht gefallen lassen. In dem Stundungsgesuch war es nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, der sich im Markkurz ankündigt, verträgt nicht, daß wir uns heute noch mit irgendwelchen Strafmaßnahmen belasten lassen dürfen. Sie wird in jedem Fall nur geeignet, den Zusammenbruch zu beschleunigen. Unsere Ausfuhr ist viel zu gering, als daß sie weiter die Ausfuhrabgaben tragen könnte. Geschieht es dennoch, so müssen sie eben Ausfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln in einem Ausmaße unterbinden, daß tötliche Krisen unvermeidlich sind. Die Türkisierung Deutschlands hat aber noch eine andere Folge: Sie unterbindet nicht nur unseren Kredit im Ausland, sie zerstört auch jede Aussicht auf eine internationale Anleihe. Frankreich hat diese Aussicht schon im Frühjahr zerstört, als die Bankherren von Wallstreet als Vorbedingung für jede Anleihe die wirtschaftliche und finanzielle Rückenfreiheit für Deutschland forderten. Heute sagte das „Echo de Paris", daß die Ottomanisierung Deutschlands bedingungslos und bis zu den äußersten Grenzen durchgeführt werden müsse. Das ist das Ergebnis der Erfüllungspolitik.

Exzellenz von Möllers 82. Geburtstag.

Der frühere preußische Handelsminister, Exzellenz von Möller, feierte dieser Tage seinen 82. Geburtstag.

Von Möller gehörte 1890—95 und 1898—1901 dem Reichstag an, von 1894 bis 1901 auch dem preußischen Abgeordnetenhause. Er vertrat im Reichstage die Wahlkreise Dortmund-Hörde und Duisburg-Mülheim, im Landtage die Wahlkreise Herford-Halle und Essen-Stadt und Land Mülheim-Duisburg. Er war ein hervorragendes Mitglied der nationalliberalen Fraktion und hat sich um die Partei, wie auch hernach als preußischer Minister im Staat und Reich große Verdienste erworben. Auch die Deutsche Volkspartei durfte Exzellenz von Möller zu den ihrigen zählen. Er hat ihre Gründung und ihre bisherige Wirksamkeit mit lebhaftem Interesse begleitet. Zu seinem Geburtstag hat ihm Abg. Dr. Stresemann die herzlichsten Glückwünsche der Partei übermittelt.

Die Einigung im Bayerischen Konflikt.

Von unserem innerpolitischen Mitarbeiter.

Nach kurzen Verhandlungen ist die Einigungsformel zwischen dem Reich und Bayern gefunden worden: eine große nicht zu unterschätzende Gefahr für Reichsbestand und Reichseinheit ist damit beseitigt worden. Aus der Mitte der ersten bayerischen Erregung in jenen Tagen nach der Verabschiedung des Schutzgesetzes im Reichstage, hat sich die Haltung sowohl der bayerischen Regierung wie wohl auch der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in eine Wohltemperiertheit umgewandelt, die von Anfang an die letzten Aussichten für eine friedliche Verständigung rechtfertigen durfte, und die Tatsache der Einigung bestätigt diese Erwartung. Es wird ja, hauptsächlich in Berlin, noch einen gewissen Kreis von Leuten geben, dem in diesem Streite zu viel von seiten des Reiches geopfert erscheint, aber diese Pseudopolitiker, von den Genossen der „Roten Fahne" bis zu jenem schnoddrigen Berliner Feuilletonismus z. B., eines Tucholsky, haben glücklicherweise doch noch keinen Einfluß auf die Art und Weise, wie man in der Regierung derartige Komplikationen des inneren Zustandes beseitigt. Es wäre übel bestellt um uns unsere Zukunft, wenn man mit aus östlichen Gepflogenheiten übernommenen Methoden zu sezieren beginnen wollte.

Die in Berlin so schnell gefundene Einigungsformel, die in einem sehr umfangreichen Protokolle niedergelegt ist, unterliegt nunmehr nur noch der Entscheidung des bayerischen Kabinetts und der bayerischen Koalitionsparteien. Für sie wird nicht mehr zu fürchten sein, nachdem sich z. B. in der Volkspartei in Bayern jene weithin sichtbare Umstimmung vollzogen hat, für die der persönlichen Einwirkung Dr. Stresemanns von jedem friedliebenden Staatsbürger so ungemein viel zu danken ist, und die zweifellos auch ihren Ausdruck in dem Programm gefunden hat, mit dem Lerchenfeld zu den Berliner Verhandlungen abgeschickt wurde. Es ist kaum anzunehmen, daß das bayerische Kabinett und die Regierungsparteien der zurückgekehrten Delegation noch Schwierigkeiten und den Vertrag mit dem Reiche wieder null und nichtig machen werden. Der Umstand, daß in diesem Vertrage auch die Hoheitsrechte aller übrigen Länder für alle Zukunft feierlich vor beeinträchtigenden Eingriffen des Reiches gesichert und gewahrt bleiben, läßt hoffen, daß Bayern ihn genehmigen wird aus einer gewissen Prestigeüberlegung heraus, die es als den Wahrer dieser Hoheitsrechte erscheinen läßt. Lediglich die Bayerische Volkspartei, deren Forderungen weit über das in Berlin Vereinbarte hinausgingen, dürfte sich im Augenblick noch gegen die Annahme des Vertrages sträuben, aber dies wird keinen Einfluß mehr auf die Haltung Bayerns haben.

Der Vertrag hat eine empfindliche Lücke der Weimarer Verfassung wenn gerade auch nicht beseitigt — denn die Verfassung ist ja nicht geändert worden — so doch glücklich camouflagiert. Und es muß gerade jetzt, nachdem überall im Reiche zum ersten Male der Verfassungstag gefeiert worden ist, erlaubt sein, auf die Reformbedürftigkeit der Verfassung ausdrücklich hinzuweisen. Hätte sie uns doch beinahe gerade in diesem Falle Bayern in den Hexenkessel einer schweren inneren Krise stürzen können. Dies muß unbedingt das letzte Mal gewesen sein, daß sich derartige Unstimmigkeiten aus der Anschauung über die Verfassung ergeben, wenn wir nicht ganz unhaltbaren Zuständen zutreiben wollen!

Die Einspruchsnoten Deutschlands gegen Frankreich.

Die deutsche Botschaft in Paris hat der französischen Regierung im Auftrage der deutschen Regierung folgende beide Noten übergeben.

I.

Herr Ministerpräsident!

Im Auftrage der deutschen Regierung beehre ich mich, auf die Note vom 5. August d. J. Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die französische Regierung ihrem Wunsche, die

weitere Behandlung der Ausgleichsangelegenheit

bis zu den in Aussicht stehenden Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen, nicht entsprochen hat. Die von der französischen Regierung mitgeteilten besonderen Maßnahmen finden in dem Vertrage von Versailles und in den mit der deutschen Regierung getroffenen ergänzenden Abkommen, insbesondere dem Abkommen vom 10. 6. 1921 **keine Grundlage** und können auch mit den **Regeln des Völkerrechts** nicht begründet werden.

1. Die Weisung an die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg, bis auf weiteres jede Bekanntgabe der anerkannten deutschen Forderungen aufzuschieben, widerstreitet der positiven Bestimmung des § 5 der Anlage zu Artikel 296, in dem vorgesehen ist, daß das Schuldneramt binnen angemessener Frist die anerkannten Forderungen bekanntzugeben hat. Unter einer angemessenen Frist kann nur eine Frist verstanden werden, wie sie sich aus dem Geschäftsgange der Ausgleichsämter ergibt. Eine Anweisung einer Regierung, jede Bekanntgabe von Anerkenntnissen an das gegnerische Ausgleichsamt bis auf weiteres zu unterlassen, ist daher mit dem Vertrage von Versailles unvereinbar und **steht mit dem Grundgedanken des auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhenden Ausgleichsverfahren im Widerspruch.**

2. Die vorläufige Einstellung von Zahlung der durch Urteile der gemischten Schiedsgerichtshöfe festgesetzten Entschädigungen aus dem Erlös der Liquidationen des deutschen Eigentums in Frankreich widerspricht dem Abkommen über die Bezahlung der Schadensbeträge aus Artikel 297 e vom 26. August (3. September) 1921. **Hierin hat sich die französische Regierung verpflichtet, die im Artikel 297 e vorgesehenen Entschädigungen auf Grund von Urteilen des gemischten Schiedsgerichtshofes oder von rechtsgültig abgeschlossenen Vergleichen aus den bei der Liquidation des deutschen Eigentums erzielten Erlösen zu bezahlen.**

3. Die an die französischen Ausgleichsämter erteilte Anweisung, bis auf weiteres dem deutschen Ausgleichsamt die Höhe der Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums in Frankreich nicht mehr bekanntzugeben, macht die Durchführung des auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhenden Artikels 297 h des Versailler Vertrages unmöglich. Diese Maßnahme widerspricht ferner dem Artikel II des Abkommens vom 31. März (9. April) 1921, worin vorgesehen ist, daß die Liquidationserlöse binnen bestimmter kurzer Fristen dem Reichsausgleichsamte gutzuschreiben und mitzuteilen sind.

4. In dem Abkommen vom 15. November 1919 hat sich die französische Regierung verpflichtet, die Möbel und Kleidungsstücke der früher in Elsaß-Lothringen ansässig gewesenen Deutschen freizugeben. Das Verbot der weiteren Möbelausfuhr bedeutet eine **Verletzung dieses Abkommens**, von der durchweg minderbemittelte und ohnehin unter den Kriegsfolgen schwer leidende deutsche Reichsangehörige betroffen werden. Diese Maßnahme erscheint der deutschen Regierung umso ungerechter, als sie die ihr nach dem Abkommen obliegende Leistung seit geraumer Zeit vereinbarungsgemäß erfüllt hat.

5. Schließlich werden nicht näher bezeichnete Sicherheitsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen in Aussicht gestellt. Inzwischen hat das Generalkommissariat in Straßburg den deutschen Reichsangehörigen jede Verfügung über ihre Konten oder ihre Depositen bei Banken oder anderen Finanzinstituten in Elsaß-Lothringen entzogen und diese unter Zwangsverwaltung gestellt, gleichgültig, zu welchem Zeitpunkt sie errichtet worden sind. Soweit Einzahlungen nach dem 10. Januar 1920 erfolgt sind, werden derartige Anordnungen durch den Vertrag von Versailles nicht gedeckt und enthalten daher **eine schwere Verletzung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums.**

Die deutsche Regierung hat mit ihrer Note vom 12. Juli d. J. lediglich die Abänderung eines bestehenden Vertrages beantragt, dessen Lasten infolge der inzwischen eingetretenen Markentwertung für Deutschland untragbar geworden waren. Die deutsche Regierung hat hiermit nur die unausweichlichen Folgerungen aus einer Entwicklung gezogen, die unabhängig von ihrem Willen und entgegen ihren Interessen eingetreten ist. Wenn die französische Regierung das Stundungsgesuch, ohne die Fälligkeit der Verpflichtungen der deutschen Regierung abzuwarten, mit Zwangsmaßnahmen beantwortet hat, die bestehende Verträge verletzen, so liegt darin ein schweres Unrecht.

Ich bin daher beauftragt, gegen die Maßnahmen Verwahrung einzulegen und um ihre Aufhebung zu ersuchen. Sollte die französische Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, so schlägt die deutsche Regierung vor, einen internationalen Schiedsspruch über die Rechtmäßigkeit der ergangenen Anordnungen herbeizuführen.

Genehmigen Sie....

II.

Durch Verbalnote vom 11. August hat die französische Regierung der Botschaft mitgeteilt, daß sie sich in Ermangelung von deutschen Zusagen hinsichtlich der am 15. August vom Reichsausgleichsamt zu bewirkenden Zahlungen und in Ermangelung des Erfolges der bisherigen Retorsionsmaßnahmen zu weiteren Maßnahmen veranlaßt sehe und deshalb ihrem Generalkommissar in Straßburg Anweisung erteilt habe,

500 deutsche Staatsangehörige bis zum 12. August aus Elsaß-Lothringen auszuweisen.

Die Ausgewiesenen dürfen nur Handgepäck und den Gegenwert von 10 000 Mark für die Familie oder von 5000 Mark für den Unverheirateten über 25 Jahre mitnehmen. Ihr Vermögen soll vorläufig unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Die Ausweisung weiterer 500 deutscher Staatsangehöriger aus Elsaß-Lothringen wird vorbehalten.

Die Botschaft beehrt sich, hierauf im Auftrage der deutschen Regierung das Folgende zu erwidern:

Nach den Grundsätzen des Völkerrechts ist es zwar jedem Staate unbenommen, einzelne fremde Staatsangehörige aus fremdenpolizeilichen Gründen aus seinem Gebiete auszuweisen. **Eine Massenausweisung, die Hunderte von Angehörigen eines bestimmten Staates plötzlich und unvorbereitet ihrer Existenz beraubt, widerspricht dagegen jedem völkerrechtlichem Herkommen und aller natürlichen menschlichen Rücksichtnahme.** Diese Maßnahme muß die Ausgewiesenen umso härter treffen, als die französische Regierung ihnen fast vier Jahre lang nach Aufhören der Feindseligkeiten den Aufenthalt in Elsaß-Lothringen gestattet und damit die Hoffnung in ihnen erweckt hat, weiter in ihrer Heimat bleiben und ihrem Erwerbe nachgehen zu können. Im übrigen ist ein innerer Zusammenhang zwischen den Ausweisungen und der von der französischen Regierung zum Anlaß genommenen Frage der Ausgleichszahlungen nicht erfindlich. Die Geldbeträge, deren Mitnahme gestattet ist, sind völlig unzureichend. Der für eine ganze Familie festgesetzte Betrag von 10 000 Mark entspricht zur Zeit dem Wert von 2½ englischen Pfunden oder 11½ Dollar. **Die Ausgewiesenen werden somit tatsächlich als Bettler auf die Straße gesetzt.**

Die deutsche Regierung legt gegen die getroffenen und in Aussicht gestellten Maßnahmen der französischen Regierung hiermit nachdrücklichst Verwahrung ein.

Das „souveraine Proletariat" in Hamburg.

Von unserem Hamburger Mitarbeiter.

Bei der Uraufführung des Films „Der Todesreigen in Rußland" kam es in einem Hamburger Kino zu Tumultszenen. Mehrere Arbeiter waren in das Kino eingedrungen und forderten den Geschäftsführer auf, die Aufführung zu untersagen, da die Arbeiterschaft an dem Film Aergernis nehme. Nach der Erwiderung des Geschäftsführers, daß der Film in einem ausgesprochenen Arbeiterviertel unbeanstandet zur Aufführung gelangt sei, hatte man inzwischen die Polizei verständigt, die von der vor dem Kino angesammelten Menge mit Johlen empfangen wurde. Die 500 bis 600 Personen nahmen zum Teil gegen die Beamten eine drohende Haltung ein, so daß diese gezwungen waren, von ihren Gummiknüppeln Gebrauch zu machen.

Als die Menge aufgefordert wurde, sich zu entfernen, legitimierte sich ein in der Menge befindlicher Mann als das kommunistische Bürgerschaftsmitglied Alfred Levy, der den Beamten zurief: „Sie provozieren die Menge!" Levy will rein zufällig vorbeigekommen sein und auch einen Schlag mit einem Gummiknüppel erhalten haben.

Ueber den Vorgang wird von der Polizeibehörde folgender amtlicher Text ausgegeben: Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen gewinnt eine in der „Hamburger Volkszeitung" unterm 8. August 1922 mit der Ueberschrift: „Verhöhnung Sowjetrußlands" erschienener Artikel, der schildert, wie der Film „Der Todesreigen" die russischen Verhältnisse absolut unrichtig darstellt, und der mit den Worten schließt: „Das Stück wird vom 8. bis 10. August im St. Georg-Theater, Lange Reihe aufgeführt, Arbeiter merkt Euch das!" an Bedeutung.

Das Scheidemann-Attentat.

Aus Kassel meldet man: Die Oberstaatsanwaltschaft teilt mit, daß der Anschlag auf den Oberbürgermeister Scheidemann, soweit die Tat in Frage stand, nunmehr völlig aufgeklärt ist.

Die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Kassel in Cosel festgenommenen Angeschuldigten Hustert und Oehlschläger haben gegenüber den nach Cosel entsandten Beamten der Kasseler Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach haben beide die Tat nach vorheriger Verabredung gemeinsam ausgeführt. Als sie am Pfingstsonntagnachmittag den Oberbürgermeister in die Straßenbahn steigen sahen, sind sie ihm gefolgt und während des ganzen Weges von Wilhelmshöhe durch den Wald hinter ihm hergegangen. Oehlschläger trug in einem Blechbehälter die Blausäurespritze. Außerdem führten sie eine Mehrladepistole mit sich. Auf dem einsamen Weg nach Möllersruh hielt Oehlschläger den Zeitpunkt zur Ausführung der Tat für gekommen und übergab die Spritze dem Hustert mit den Worten „nun machs". Hustert hat dann in der bekannten Weise den Oberbürgermeister die Blausäure ins Gesicht gespritzt. Oehlschläger hielt sich in unmittelbarer Nähe auf. Als er den Oberbürgermeister fallen sah, hielt er ihn für erledigt und ergriff wie Hustert die Flucht. Ueber die Herkunft der Blausäure verweigern beide jede Auskunft. Sie bestreiten entschieden, in Kassel Mitwisser gehabt zu haben.

Die Voruntersuchung des Rathenaumordes.

Wolffs Telegraphen-Büro meldet: Die Voruntersuchung in der Rathenaumordsache ist, wie wir erfahren, geschlossen. Die Akten liegen zurzeit dem Oberreichsanwalt zur Erhebung der Anklage vor.

Amerikanische Lebensmittel für Deutschland

Aus Hamburg meldet man: Der Schnelldampfer „Dropesa" der Royal Mail Line wird dieser Tage in Hamburg eintreffen und 55 Waggons Lebensmittel aus Chikago mitbringen. Diese 55 Waggons sind die erste Lieferung einer Bestellung von 10 Millionen Pfund, die die Firma Marries u. Co. nach Deutschland übernommen hat.

Personen und Institutionen sollen unterbleiben.

London und die französische Barbarei.

Von unserem Mitarbeiter für auswärtige Angelegenheiten.

Niemals tat Bismarck diesen Ausspruch. Dagegen war er für die Leiter der französischen und englischen Politik maßgebend bei Erlaß der Versailler Vorschriften mit der Erpressung des deutschen Schuldbekenntnisses und ist es für die Pariser Machthaber geblieben. Wo Poincare nicht die Macht hat wie gegenüber Rußland, läßt er das Recht gelten und betont die Unantastbarkeit des Privateigentums als Vorbedingung für den Kredit und Wiederaufbau Rußlands, ja Europas. Fühlt er sich dagegen im Besitze der Macht, wie gegenüber Deutschland, so tritt er das Recht unbekümmert mit Füßen.

Jeder Eingriff in das Privateigentum erschüttert das Vertrauen in die schuldige Regierung. Wenn Poincare die Kriegspolitik fortsetzt und Privateigentum beschlagnahmen, wenn er sogar Hausrat, Möbel und Kleider vertriebener Deutschen einbehalten läßt, welche Wertsachen auf Grund der Versailler Vorschriften beschlagnahmt, von der deut-

schen Regierung aber bereits gegen bare Zahlung ausgelöst worden waren, so wird er in den neutralen Ländern und vor allem in den Vereinigten Staaten, bei den Inhabern von Geldern und Besitztümern lebhaftes Mißtrauen, dagegen in Moskau bei den Bolschewisten freudigen Beifall finden.

Als die feindlichen Mächte deutsches Privateigentum im Werte von annähernd 20 Milliarden Mark Gold raubten, suchten sie ihre Völkerrechtsverletzung dadurch zu beschönigen, daß sie die deutsche Regierung verpflichteten, ihre Staatsangehörigen zu entschädigen.

Die deutsche Regierung wäre berechtigt gewesen, in erster Reihe ihre beraubten Auslandsangehörigen zu entschädigen, was die Feinde schon aus Ehrgefühl gebilligt hätten. Allein, in Berlin zauderte man, eröffnete ein langwieriges Verfahren und begann, nur ungenügende Entschädigungen zu zahlen, bei größeren Verlusten nur etwa 2 Prozent des Wertes, sodaß der Raub an Privateigentum nicht gutgemacht wurde.

Darüber ging Poincare stillschweigend hinweg, setzte die Macht an die Stelle des Rechts und verlangte die Verlangsamung, ja die Einstellung der Entschädigungszahlungen an das beraubte Auslandsdeutschtum. Deutschland sollte seine Angehörigen erst entschädigen, nachdem die Forderungen der Feinde im Ausgleichsverfahren erfüllt werden.

Werden die Vertreter der Mächte in London darauf bestehen, daß Deutschland seine beraubten Angehörigen in Gemäßheit der Versailler Vorschriften entschädigt oder wollen sie die Verletzung der Versailler Vorschriften und der Rechte des Privateigentums zulassen?

Der Franzosenraub im Elsaß.

Aus Straßburg wird gemeldet: Die Ausweisung der Deutschen auf Grund des Dekrets des Generalkommissariats ist ohne Zwischenfall verlaufen. Es handelt sich bei den Ausgewiesenen besonders um zahlreiche Geschäftsleute aus der Gegend von Straßburg, darunter Großhändlerfirmen, die bisher ihren Sitz in Straßburg gehabt haben. Eine vollständige Liste der ausgewiesenen Personen ist noch nicht veröffentlicht worden.

*

TU. **Berlin**, 13. Aug. Die Reichsregierung ist noch mit der Erwägung der Maßnahmen beschäftigt, die sie als Erhebungen der ungeheuerlichen französischen Brutalität ergreifen will und kann. Zweifellos wird es zu einem großen Protest an die Adresse der ganzen Welt kommen. Vor der Beschlußfassung muß aber erst das Eintreffen der französischen Verbalnote über die Ausweisungen abgewartet werden.

Neue Unruhen im tschechischen Kohlenrevier.

Von unserem Prager Mitarbeiter.

Im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier scheint sich ein neuer Konflikt vorzubereiten. Es handelt sich in der Hauptsache um die Arbeitszeit und nicht um Lohnfragen. Die Bergleute werben sich gegen die Arbeitszeit am Samstag, die bisher 6 Stunden betrug. Eine beabsichtigte Ausdehnung auf acht Stunden wird rundweg abgelehnt.

Die italienische Faszisten-Bewegung.

Von unserem römischen Mitarbeiter.

Die Folgen des mißglückten Generalstreiks machen sich bereits für die Sozialisten unliebsam bemerkbar. In verschiedenen Teilen des Landes sind zahlreiche Sozialisten zu den Faszisten übergetreten. Eine Reihe neuer Gründungen faszistischer Organisationen ist vorgenommen worden.

In Venedig sind die sozialistischen Hafenarbeitergenossenschaften zu den Faszisten übergegangen. In Genua wurden vier faszistische Korporationen der Hafenarbeiter gegründet, ferner wurde in Genua zwischen der Vereinigung der Seeleute, der Faszisten und der Arbeiterkammer ein Abkommen getroffen, wonach sich die drei Organisationen zu gegenseitiger Anerkennung des Rechts auf freier und ungestörter Propaganda für die politischen und wirtschaftlichen Ziele verpflichten. Alle Angriffe auf

Eine neue Regierungskrise in Polen.

Von unserem Warschauer Mitarbeiter.

In Warschauer politischen Kreisen hat die Nachricht außerordentlich erregt, daß aus außenpolitischen Rücksichten der für Anfang November angesetzte Termin der Neuwahlen verschoben werden würde. Nach der Rückkehr Pilsudskis aus Krakau ließ der Ministerpräsident diese Nachricht nur in der Form dementieren, daß er die Mitteilung nicht der Presse übergeben habe. Aus einer Hinausschiebung der Neuwahlen entsteht unter Umständen eine Regierungskrise, da nicht nur die Opposition der Rechten, sondern auch die Regierungsmehrheit an der terminmäßigen Durchführung der Neuwahlen festhalten wollen.

Bolschewistische Schandjustiz.

Von unserem russischen Mitarbeiter.

Der Moskauer oberste Gerichtshof hat mit zynischem Trotz die unauslöschliche Schmach auf sich geladen, gegen die Hauptführer der Sozialrevolutionäre tatsächlich das Todesurteil auszusprechen. Dieses nach dem Verlauf der ganzen sogenannten Gerichtsverhandlung freilich vorauszusehende Ende der aufs tiefste empörenden Justizkomödie bedeutet nicht nur einen Schlag ins Gesicht der gesamten Menschheit, nicht nur eine gewollte Provokation und Verhöhnung jeglichen anständigen Empfindens und gesunden Gerechtigkeitsgefühls, sondern dieses Ende beweist auch aufs neue, **daß jeder Staat, der sich unter das furchtbare und entehrende Joch einer bolschewistischen Diktatur zwingen läßt, damit von selbst aus dem Kreise der Kulturvölker ausscheidet.**

Für alle Zeiten wird dieses grauenhafte Zerrbild eines Prozesses, dieser äußerlich in gerichtliche Formen gekleidete Mord ein gräßliches Schulbeispiel dafür bleiben, wohin eine Volksverhetzung der Justiz letzten Endes führen muß. Der Moskauer Oberste Gerichtshof ließ sich ausschließlich von seinen politischen Haß- und Racheinstinkten leiten, aber auch der Allrussische Zentralvollzugsausschuß hat beschlossen, das Todesurteil zu bestätigen.

Nur insofern trug er dem Einspruch der gesamten Kulturwelt Rechnung, als die Vollstreckung einstweilen aufgeschoben werden, indessen zu einem baldigen Zeitpunkte stattfinden soll, falls die sozialrevolutionäre Partei ihre Gewalttaten und Spionage gegen die Sowjetregierung nicht einstellen sollte. Auf diese schmähliche Weise haben also die zum Tode Verurteilten gewissermaßen in Geisel-Eigenschaft den Bolschewisten als Schutzschild gegen etwaige, bei der allgemeinen Volksstimmung mit Recht befürchtete Putsche zu dienen. Noch tiefer kann man die Justiz wahrhaftig nicht herabwürdigen.

Kleine Nachrichten.

DD. **Hamburg**, 13. Aug. Mit dem großen Dammbau von dem schleswigschen Festland nach der Nordseeinsel Sylt, welcher die Verkehrsverhältnisse Sylts unabhängig machen soll von den Widrigkeiten zur See, wird seit einiger Zeit ernst gemacht. Jetzt sind, wie uns aus Schleswig berichtet wird, die ersten Bauzüge mit großen Granit- und Sandsteinen, die zur Befestigung der Böschung des Seedeiches dienen sollen, eingetroffen. Die Bahn von Niebüll, an der Küstenbahn Hamburg—dänische Grenze, nach Klanxbüll, wo der Seedeich beginnen soll, wird in nächster Zeit fertiggestellt werden.

Leipzig, 13. Aug. Der Feriensenat des Reichsgerichts beschäftigte sich mit einem Riesenspionageprozeß. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen den belgischen Ingenieur Caennepenne, den Belgier Pramper, die Kaufmannsehefrau Ploenes, den Hilfsschlosser Jung und gegen weitere elf Personen. Caennepenne hatte in Berlin und Magdeburg große Spionagebureaus eingerichtet, die deutschen Militärverhältnisse zu erkunden. Es wurden verurteilt: Caennepenne zu zehn Jahren, Promper zu acht Jahren, Frau Ploenes zu drei Jahren und Jung zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus. Weitere neun Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Annaburg, 13. Aug. In Hammer-Unterwiesental durchschnitt die Ehefrau des Werkmeisters Zimer ihrem 1½jährigen Kind mit einem Rasiermesser die Kehle und verletzte ihre 13jährige Tochter so schwer am Hals, daß sie bald darauf starb. Darauf nahm sie sich selbst das Leben. Ehezwistigkeiten sollen der Grund zu dieser Tat sein.

Fort de France, 13. Aug. Gestern nachmittag entstand durch Entzündung alten Pulvers, das von der Militärbehörde zum Verbrauch als Düngemittel für Zuckerrohrpflanzungen verkauft worden

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Die Spiele am 12. und 13. August.

Germania Bochum — Fußballklub Karlsruhe-Mühlburg 1:3. Germania Bochum hatte am Samstag abend die vortreffliche Elf des Fußballklubs Karlsruhe-Mühlburg zu Gast. Der Gast übertraf bei weitem die Erwartungen, die man auf ihn gesetzt hatte. Die Mannschaft spielte einen reinen, fairen und erfolgreichen Fußball. Der Sturm verfügte über große Schnelligkeit und starkes Schußvermögen, dabei aber auch sehr ausgeglichen im Einzelkönnen. Ebenso auch die Läuferreihe, in der der Mittelläufer eine überragende Stellung einnahm. Er dirigierte von Anfang bis Ende den Angriff und unterstützte durch gute Abwehrarbeit die Hintermannschaft in vorbildlicher Weise. Bei dem überaus schnellen Gegner konnten die Germanen nicht mitkommen. Ihr Spiel war im Vergleich zu den Gästen entschieden zu langsam. Die Einzelarbeit viel zu schwerfällig, um gegen die energischen Karlsruher erfolgreich zu sein. Der Bochumer Torwart hätte bei einiger Aufmerksamkeit die Tore verhüten müssen, doch nahm ihm das falsche Stellungsspiel der Verteidigung jede Sicherheit. Es soll nicht vergessen werden, daß Bida der einzige war, der den Gästen gewachsen war, und in der Abwehr zeitweise Glänzendes leistete. Die Läuferreihe war das Schmerzenskind. Der linke Läufer ließ jedes Zuspiel vermissen. Der Mittelläufer fiel dem Tempo zum Opfer. Der rechte Läufer Brüggemann gehört in den Sturm. Der Sturm hing zu sehr in der Luft. Hin und wieder zeigte er im Angriff selten schönes Zusammenarbeiten. Dem Spielverlauf nach war das Resultat gerecht. Schiedsrichter Lotz (07 Bochum) leitete in altgewohnter Weise. Einige unerfreuliche Schärfen, die das hitzige Tempo mit sich brachte, unterband er korrekt.

Mit dem Anstoß der Gäste setzt gleich ein temperamentvolles Spiel ein. Germanias Mannschaft kann sich garnicht finden. Harte Arbeit hat die Läuferreihe zu verrichten. Kurz nach Beginn kommt der Gast zu seiner ersten Ecke, die aber ergebnislos verläuft. So nach und nach kommt dann auch der Platzverein auf. Nach tadellos vorgetragenem Angriff köpft der Halbrechte Bergmann den Ball so eben in die Hände. Der Ball kommt wieder ins Feld zurück, der Mittelläufer schiebt dem Mittelstürmer den Ball zu, dieser erfaßt die Situation, umspielt die taktisch falsch stehende Bochumer Verteidigung und sendet das erste Tor für seinen Verein ein. Das Spiel ist nun so ziemlich offen. Beide Parteien liegen mächtig im Angriff. Ein scharfer Schuß des Gästemittelstürmers landet neben dem Pfosten. Ebenso kann der Gästetorwart einen scharf getretenen Ball noch halten. Germanias Mannschaft kämpft. Mit Gewalt will man den Vorsprung einholen. Endlich in der 25. Minute gelingt der Ausgleich. Nach guter Kombination des Bochumer Innentrios erhält der kleine Linksaußen Sistig den Ball und tritt mit Schrägschuß das schönste Tor des Tages — für Karlsruhe unhaltbar. Eine kurze Zeit hat die Bochumer Mannschaft mehr vom Spiel. Eine gute Gelegenheit wird vom Bochumer Mittelstürmer verpaßt, der scharf unter die Latte tritt. Mittlerweile ist Germanias Verteidigung viel zu weit aufgerückt. Wiederum ist es der talentierte Mittelstürmer der Karlsruher, der diesen Moment ausnützt und zum zweiten Male einsendet. — Die zweite Halbzeit sah den Gast durchweg im Angriff, daran ändert auch nichts, daß der Germanensturm verschiedentlich gefährlich gut vorkam. Nach 15 Minuten Spieldauer gelingt es den Karlsruhern, aus einem Gedränge vorm Bochumer Tor, die Torzahl auf 3 zu erhöhen. Die letzte Halbestunde beschränkt die Bochumer Mannschaft lediglich auf Abwehrarbeit. Es dämmert schon, als der Unparteiische den schönen Kampf abpfiff.

1. F. C. 06 Bochum — Sp. V. Wanne 1911 2:3. In einem Freundschaftsspiel hatte Sonntag nachmittag der 1. Fußballklub 06 Bochum den Sportverein Wanne zum Gegner und mußte eine knappe Niederlage hinnehmen. Beide Mannschaften traten mit Ersatz an. Während der ersten Halbzeit war der Kampf vollständig offen, doch mußten sich die Hiesigen bis zum Wechsel zwei Tore gefallen lassen. Nach Seitenwechsel dasselbe Bild. Bald gelingt es den Gästen durch schönen Schuß den Vorsprung auf drei zu erhöhen. Die letzte Viertelstunde klappt es dann bei den 06ern besser. Eine leichte Ueberlegenheit macht sich jetzt bei ihnen bemerkbar, und sie können bis zum Schluß zwei Tore aufholen und so das Ergebnis auf 2:3 stellen. Beim Gast waren besonders Verteidigung und Sturm gut. Hervorzuheben wäre ganz besonders der Mittelstürmer. Läuferreihe und Torwart waren Durchschnitt. 06 hatte eine Stütze vor allen Dingen in Sturm. Verfehlt war es, daß ein Verteidiger mit einem Stürmer wechselte. Der Unparteiische konnte gefallen.

Bochum 48 — Kombinierte Kreisliga (07 Bochum, Germania und Preußen Bochum) 5:2. Ein feiner Sprühregen ging hernieder, als der Platzverein anstieß. Gleich bemächtigten sich die Kombinierten des Leders, der behende Rechtsaußen schießt aus unmöglicher Lage, der Mittelstürmer lenkt in der ersten Minute den Ball in die Maschen. Gleich darauf sind es die 48er, die infolge ihres besseren Stehvermögens nicht nur ausgleichen, sondern sogar ein Tor verlegen können. 2 Ecken schaffen kritische Momente; mit Mühe und Not verhütet man weitere Erfolge des Platzvereins. Dem Eingeweihten war es von vornherein klar, daß die Kombinierten, die sich anscheinend auf „Glatteis" befanden, gegenüber den sich mächtig ins Zeug legenden Platzleuten nichts zu bestellen haben würden. Die Hilflosigkeit der Mannschaft wurde noch kritischer dadurch, daß der Torwart sich sehr unsicher zeigte und der Halbrechte durch vollständiges Versagen dem ganzen Angriff die Durchschlagskraft raubte. Bald folgte das dritte Tor und nach Wiederanstoß in der gleichen Weise das 4. und 5., denen die Kombinierten nur noch einen Erfolg entgegenstellen konnten. Das Spiel war eine große Enttäuschung für denjenigen, der guten Sport erwartet hatte. Tatsache ist, daß Kombinierten, die nur einen stumpfen Lehmplatz kennen, auf dem glatten Boden einfach hilflos waren, und von den überaus eifrigen Platzleuten überfahren wurden. Der Preußenverteidigung hatte man nicht den richtigen Torwart beigegeben. Die Aufstellung des Halbrechten war ein Rätsel.

Henrichshütte — Germania Elberfeld 2:1. Der Verein für Bewegungsspiele Henrichshütte hatte am gestrigen Sonntag die Gauligamannschaft „Germania" Elberfeld zu Gast und konnte diese nach offenem Feldspiel knapp mit 2:1 schlagen.

F. C. Witten 92 — M. V. V. Linden 0:1. Zum 30jährigen Jubelfest hatte der Fußballklub Witten 92 den Märkischen Ballspielverein Linden zu einem Propagandaspiel verpflichtet. Der Gauligist konnte knapp den Ligakandidaten mit 1:0 schlagen.

Turnen.

Die von der Turngemeinde Bochum 1884 zum Jugendtreffen in Weimar entsandte Mannschaft Jahrgang 02—03 errang im Mannschaftsvierkampf den 3. Sieg mit 384 Punkten. Das Ergebnis im Faustballspiel derselben Mannschaft gegen Kirchdorf-Zwickau war 41—52 für die Turngemeinde. Das Faustballspiel der Mannschaft 04—05 gegen Göttingen endete ebenfalls zu Gunsten der Turngemeinde mit 37—52.

Schwimmen.

Bei den Kämpfen um die deutschen Meisterschaften im Schwimmen in Gelsenkirchen errang Frl. Annie Rebborn (Schwimmverein Bochum) beim Schwimmen der Damen über 100 Meter beliebig den zweiten Platz.

Die Meisterschaft im Wasserballspiel gewann „Wasserfreunde" Hannover gegen Heidelberg 2:0.

Steffani Drehsa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

22) (Nachdruck verboten)

„Er hat dich so lieb, Aenni, und jetzt hast du dein reizendes gesundes Bübchen."

„Wenn der Junge aber ihm ähnlich wird, das ertrage ich nicht, dann kann ich ihn nicht liebhaben!"

Steffani hob das Kindchen aus seinem Bett. Nun öffnete es die Augen, hübsche dunkle Augen, die sie groß anstaunten. Das runde dicke Gesichtchen sah so putzig aus mit der winzigen Nase und dem kleinen Mündchen, Steffani mußte es anlachen. Sie legte den Kleinen auf Aennis Bett, wickelte ihn auf, wohlig streckte er die rosigen Gliederchen und stieß behagliche Laute aus. Auf der Wickelkommode lagen Windeln bereit, und rasch mit kundiger Hand legte sie den kleinen Neffen trocken.

„So — nun ist ihm wieder wohl", sagte sie und nahm ihn auf. Sein rundes Köpfchen zeigte keine Spur von Haaren, und unwillkürlich dachte Steffani: „Ganz der Papa!" Aber zugleich entdeckte sie, daß die Wimpern dunkel waren, machte Aenni darauf aufmerksam und meinte, der Junge würde dunkle Haare bekommen. Davon wollte Aenni sich sogleich überzeugen. Steffani gab ihr das Kind hin, das, wieder unruhig geworden, zu schreien begann.

Da eilte Frau Bemmel aus dem Nebenzimmer herbei, aber Steffani kam ihr zuvor und legte das Kind Aenni an die Brust. Das Geschrei verstummte, und mit strahlendem Lächeln sah die junge Mutter auf ihr Kind; für den Augenblick vergaß sie ganz, daß es Benno ähnlich sehen könnte, und daß sie es dann nicht liebhaben würde.

„Es ist noch eine Viertelstunde bis zu seiner Zeit," sagte mißbilligend Frau Bemmel; „mir ist es ja egal, aber die gnädige Frau Mama will es doch nicht haben —"

Gerade öffnete sich die Türe, und Frau v. Bodener kam herein: „Na, ich sehe schon, Aenni, chen, daß du deinen Jungen grenzenlos verwöhnen wirst."

„Soll sie auch", sagte Benno, der hinter ihr hereinkam. Dann küßte er Steffani die Hand, nicht einmal, sondern gleich mehrmals hintereinander. „Ist er nicht ein Prachtkerl?" fragte er strahlend, und seine kleinen blauen Augen füllten sich mit Tränen der Rührung.

„Wirklich ein Prachtkerl!" bestätigte Steffani bereitwillig.

„Und ganz sein Vater!" sagte stolz die Großmama.

„Ja — ganz der Papa!" war auch Frau Bemmels sachverständige Meinung.

Aenni runzelte leicht die Brauen, sah rasch zu Steffani auf, die ihr beruhigend zulächelte.

Dann mußte sie mit Frau v. Bodener in deren altmodischem Salon, der geradezu unglaublich geschmacklos war, Tee trinken, und Aennis Schwiegermutter erzählte ihr lebhaft Geschichten aus Bennos Kindheit. Danach mußte er nicht nur ein Musterknabe, sondern auch ein Wunderkind gewesen sein, und es gar ganz unbegreiflich, daß er sich mit den Jahren nicht zu einem Genie ausgewachsen hatte.

Steffani war sehr nachdenklich, als sie gegen Abend nach Dohneck zurückfuhr. Wie ein Schlag an ihr Herz war es gewesen, als Aenni ausgerufen: „Dann liebst du Rüdiger!" — War es möglich, daß sie ihn liebte?

Sie versuchte, das, was sie für ihn empfand, zu prüfen, und konnte sich doch nicht darüber klar werden, ob es Liebe war. Sie sah zu ihm auf — ja —, und ein Wort des Tadels aus seinem Munde tat ihr weh; zeigte er ihr ein kaltes, gleichgültiges Gesicht, so beunruhigte sie das immer. Dagegen fühlte sie sich froh und glücklich, wenn der warme Blick in seinen Augen aufleuchtete, den sie so sehr darin liebte, wenn er sie ansah — so, wie Kleinpeterchen sie ansah — voll Liebe!

Durch Zärtlichkeiten hatte er sie nie verwöhnt, daß sie ihr hätten lästig werden können, und niemals auch ganz zu Anfang ihrer Ehe, als er ihr noch so fremd war, empfand sie Widerwillen gegen ihn. Er war immer sehr zartfühlend gewesen und voll Schonung gegen sie; nie hatte er ihr Empfinden irgendwie verletzt. Seine Strenge, sein Ernst und zuweilen auch eine ihr unerklärliche Kälte beunruhigten sie oft und dann sehnte sie sich sogar nach einem freundlichen Wort und Blick von ihm, ja nach einer Liebkosung.

Sie konnte Aenni wohl nachfühlen, aber nicht aus Erfahrung, nur weil sie in ihre Lage sich hineindenken konnte, und sie erschauerte, stellte sie sich vor, daß es ihr ebenso wie Aenni hätte ergehen können, wenn — ja wenn Rüdiger nicht der Mann gewesen wäre, der er war. Rüdigers ruhiges, zartfühlendes Wesen hatte sie nie die Demütigung empfinden lassen, die eine stolze Frau empfinden muß, wenn sie an einen ungeliebten Mann sich gebunden fühlt. Benno allerdings — so gutmütig er war — blieb ein derber Bursche, der wohl kaum ahnte, was Zartgefühl war.

Und plötzlich tauchten die Fragen in ihr auf: Wie wird Philipp Werdan sein? Wie wird es Lotti ergehen, die noch viel empfindsamer ist, als Aenni? Wird sie wie diese — zu spät — zu schmerzlichem Erkennen gelangen? —

Als sie nach dem Abendessen mit Rüdiger vor dem Kaminfeuer saß, das wegen des kühlen Frühlingsabends angezündet worden war, überfiel sie wieder das Grübeln über Liebe und Ehe.

„Wie oft", dachte sie, „heiraten Mädchen, die kaum dem Kindesalter entwachsen sind, aus reiner Unwissenheit einen Mann, der ihrem Herzen völlig fremd ist, und sind dann für ihr ganzes Leben an einen Menschen gefesselt, den sie nicht lieben können; und eine Erlösung ist dann die Trennung, wenn sie möglich ist. Wie entsetzlich, wenn dazu noch äußere Mängel und gefühlsfremdes Wesen den Mann der Frau zuwider machen. Arme Aenni!"

Steffani sah von der leichten Handarbeit, die sie vorgenommen, auf und betrachtete verstohlen Rüdiger, der eine Zeitung las und rauchte, so langsam, daß der Rauch nicht belästigte. Er saß in einem Stuhl mit hoher, steiler Lehne, etwas vornübergebeugt, und sein Gesicht hob sich, von der Seite gesehen, scharf von dem dunkelroten Stoffüberzug der Stuhllehne ab. Die strenggeformten Lippen waren fest geschlossen; man konnte diesem Mund ansehen, daß er gut zu schweigen verstand. Die Augen gesenkt, wurden von sehr dichten, schwarzen Wimpern bedeckt; ganz wie Steffani es bei Peterchen beobachtete, zog Rüdiger beim Lesen die Brauen zusammen. Ihr Blick folgte der geraden Linie der Stirn und herab bis zu dem energisch vortretenden Kinn; alles war genau so, nur etwas weicher, bei Peterchen angedeutet. Nein, dieses Gesicht war ihr lieb, schon durch die Aehnlichkeit, die es mit Peterchens geliebtem Gesichtchen hatte. Nichts war ihr zuwider an Rüdiger, in seinem Aeußeren nichts und auch nichts an seinem Wesen.

Also hat Aenni vielleicht recht gehabt, und ich liebe Rüdiger — —

Liebe ich ihn — —?

Diese Frage, die zu beantworten sie nicht wagte, ergriff Steffani so sehr, daß ihr Herz sekundenlang zu schlagen aufhörte.

*

An einem schönen Maienmorgen stand Steffani auf dem freien Platz vor den Rosen und sah zu, wie Renner, der Gärtner, die Stöcke frisch aufband und säuberte.

Renner war beim Kauf von Dohneck mit übernommen worden, ein gnomenhaftes Männchen, mit kurzen Beinen und langen Armen, das Gesicht, aus dem eine dicke, rote Nase leuchtete, von Wind und Wetter gegerbt und von einem rötlichen Bartkranz umrahmt. Er bastelte mit vorgeschobener Unterlippe an seinen Rosen herum, und seine kleinen, tiefliegenden Augen blinzelten dabei unter buschigen rostroten Brauen hervor. Steffani unterhielt sich gern mit ihm, weil seine eigentümliche Ausdrucksweise ihr gefiel; Renner hatte über Welt und Menschen eine ganz besondere eigene Meinung, von der er nicht abzubringen war. Herr v. Wagnitz, der die Leute zu belehren liebte, hatte dem kleinen Mann einmal eingehend auseinandergesetzt, daß nicht die Sonne um die Erde sich drehe, sondern im Gegenteil die Sonne ganz stillstehe, während die Erde sie umkreise; Renner hatte ihm aufmerksam zugehört und dann, mit seinen Aeuglein verschmitzt zu ihm aufblinzelnd, erwidert:

„Na ja, Herr Baron — meeglich ist's, aber ich glob's nich!"

(Fortsetzung folgt.)

war eine heftige Explosion. Sämtliche Arbeiterhütten wurden zerstört, das Haupthaus und das Werk beschädigt. Mehrere Personen wurden verletzt, andere getötet. Die Stadt erlitt keinen Schaden.

Neapel, 13. Aug. Bei dem Wettbewerb von Wasserflugzeugen um den Tyrrhenischen Pokal hat Zimmermann-Deutschland auf einem Junkersflugzeug den Becher und damit gleichzeitig den Preis von 150 000 Lire gewonnen.

TU. **Venedig**, 13. Aug. In der hiesigen Kerzenfabrik Mira brach eine Feuersbrunst aus. Es gelang nur nach großen Anstrengungen, des Feuers Herr zu werden. Der angerichtete Schaden geht in die Millionen.

Kunst und Wissen.

** **Ein Glas Wasser.** Unser Berliner Theaterreferent schreibt uns: Scribes Lustspiel „Ein Glas Wasser", in dem in bekannter Weise diese welthistorischen Ereignisse auf kleine Hofintriguen und Hofliebeleien zurückgeführt werden, wurde von der Sommerdirektion des „Deutschen Theaters" ausgegraben; womit wir ja nun wohl alle ollen Franzosen repetiert haben. Immerhin: der Abend lohnte. Er wurde sogar reizend: man spielte unter Bernhard Reichs Regie ohne Feierlichkeit, man spielte diesen Scribe mit Ironie ins Spielen hinein — was wohl die einzige Art ist, diesem Virtuosen des Handwerks uns noch schmackhaft zu machen. Famos ist dieses Theater gemacht, die Maschinerie klappt, daß man seine Freude hat. Agnes Straub war die, die diesem Theater das Tempo und den Geist gab. Als Herzogin von Marlborough entfaltete sie derart virtuos das ganze Stück, daß es einen richtigen Agnes Straub-Erfolg gab. Die übrigen Mitwirkenden, Walter Janssen, Hans Brausewetter, Anni Newes, Hermine Sterber fanden sich in das abgegebene Tempo hinein und führten den Abend mit zu fröhlichem Ende.

* **Institut für auswärtige Politik an der Universität Berlin.** Der preußische Staat plant die Schaffung eines Instituts für auswärtige Politik, das der Berliner Universität angegliedert werden soll. Die Leitung desselben soll dem hervorragenden Kenner des ausländischen Rechtes, Geheimrat Professor Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, bisher ordentlicher Professor der Universität Hamburg und Leiter des Archivs für Fragen auswärtiger Politik und des Friedensvertrages, übertragen werden. Verhandlungen zwischen dem Staat und Professor Mendelssohn sind bereits eingeleitet.

* **Japanische Stiftung für das Berliner Orientalische Seminar.** Die japanische Abteilung des Seminars für orientalische Sprachen in Berlin hat von dem bedeutenden japanischen Verleger Shintaro Ohashi, Inhaber des Verlagshauses Hakuhunkan in Tokio, eine wertvolle Schenkung erhalten. Er gab ihr das Recht, sich aus den in seinem Verlage erschienenen Werken diejenigen auszusuchen, die sie für wünschenswert hält, und will ihr in Zukunft seine sämtlichen Neuerscheinungen überweisen.

* **Freiwillige Romanzensur.** Das Anwachsen erotischer Literatur hat amerikanische Verleger und Schriftsteller veranlaßt, zur Selbsthilfe zu schreiten, und es tritt so der seltene Fall ein, daß eine freiwillige Zensur ausgeübt wird, bei der sich Verleger, Autoren, Bibliotheken und das Lesepublikum gegenseitig in die Hände arbeiten sollen. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von einer Erklärung des Verlegers Henry Holt, in der er sagte, das Liebesproblem sei zwar ein wichtiger Gegenstand der Dichtung: es müsse aber jede übertriebene Ausmalung erotischer Situationen vermieden werden, weil dies „die Grundsagen der Zivilisation untergräbt und mehr Morde und Selbstmorde hervorruft als alles andere." Es ist nun eine freiwillige Zensurkommission zusammengetreten, der alle Manuskripte, die erotische Probleme behandeln, vorgelegt werden sollen.

Gerichtszeitung.

Die Folgen einer unbedachten Tat.

s. **Gladbeck**, 11. Aug. Wegen einer falschen Unterschrift stand der Bergmann Wenzel aus Gladbeck vor der Essener Strafkammer. Der Angeklagte, der jetzt in Celle wohnt und wegen weiter Entfernung vom Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden ist, hatte durch eigenes Verschulden die Erkrankung einer Bergmannsehefrau verursacht, zu der er Beziehungen unterhielt. Die Behandlung der Frau erforderte größere Ausgaben, die der Angeklagte zu bestreiten hatte, die er aber von seinem Verdienst nicht decken konnte. Um sich die Mittel zu verschaffen, verlegte er sich auf den Schleichhandel an der niederrheinisch-holländischen Grenze. Als er eines Tages mit anderen Personen auf einer Schleichhandelsfahrt begriffen war, wurde er von einem Polizeibeamten ertappt. Während seine Begleiter die Flucht ergriffen, blieb er stehen und wurde festgenommen. In seinem Besitz befand sich ein halber Zentner Kaffee, der ihm abgenommen wurde. Man brachte ihn in das Polizeigefängnis nach Gladbeck. Aus Furcht vor einer länger dauernden Untersuchungshaft, und aus Sorge um das Schicksal der erkrankten Frau verfiel er auf den Gedanken, wahrheitswidrig zu erklären, er habe den Kaffee von einem Landwirt in der Umgegend gekauft. Er schrieb einen dahin lautenden Zettel, den er mit der Unterschrift des Landwirts versah. Nun wurde er aus der Haft entlassen. Der Angeklagte räumt in einem Schreiben an das Gericht den Sachverhalt unumwunden ein. Die Strafkammer verurteilt die Straftat in Berücksichtigung der obwaltenden Umstände milde und erkennt auf eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen. Gleichzeitig wird dem Angeklagten eine Bewährungsfrist von drei Jahren bewilligt.

Den ganzen Laden ausgeräumt.

s. **Gelsenkirchen**, 11. Aug. Reiche Beute haben Einbrecher gemacht, die in einer Novembernacht vorigen Jahres bei dem Kaufmann Soratzki in Gelsenkirchen einen schweren Einbruchsdiebstahl verübten. Der Kriminalpolizei gelang es nach einiger Zeit, den Diebstahl aufzuklären, der jetzt die Essener Strafkammer beschäftigte. Angeklagt sind der Bergmann Wilhelm Kirchberg, der frühere Bergmann, jetzige Pferdehändler Arnik, der Bergmann Franz Urban, der Klempnermeister Chr. Gregor, der Schneidermeister Wilhelm Nückel und der Händler Wilhelm Kih, sämtlich aus Gelsenkirchen. Die drei letzgenannten Angeklagten stehen unter der Anklage der Hehlerei. Der Einbruchsdiebstahl war von den drei erstgenannten Angeklagten, gemeinschaftlich mit einem gewissen, nicht ermittelten Weißenstein verabredet und vorbereitet worden. Die Täter drangen in der Nacht zum 17. November in das Geschäft des Kaufmanns Sarotzki ein, nachdem sie zuvor mit Bohrern die Ladentür angebohrt und die ganze Türfüllung herausgebrochen hatten. Dann räumten sie den ganzen Laden bis auf einige Kleinigkeiten aus und schafften die Beute in Waschkörben in die Wohnung eines Bruders eines der Täter. Gestohlen wurden in der Hauptsache Kleiderstoffe im Werte von fast 100 000 Mark. Darunter befanden sich u. a. 80 Anzüge und Paletots. Der Einbruchsdiebstahl war so vorsichtig und leise ausgeführt worden, daß er von niemand wahrgenommen wurde. Erst am folgenden Morgen bemerkte der Geschäftsinhaber zu seinem Schrecken die ganze Bescherung. Die Diebe hatten in der Folgezeit die gestohlenen Waren zu Geld gemacht. Zu den Abnehmern gehörten u. a. auch die drei letzgenannten Angeklagten. Diese bestreiten in der Hauptverhandlung, von der unehrlichen Herkunft der Waren Kenntnis gehabt zu haben. Gregor und Kih wurden freigesprochen. Nückel jedoch, der einen besonders großen Posten Kleidungsstücke angekauft hatte, erhielt wegen Hehlerei sechs Monate Gefängnis. Im übrigen wurden wegen schweren Diebstahls verurteilt: Kirchberg zu einem Jahr sechs Monaten, Arnik zu zwei Jahren und Urban zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

tk. **Eine „rostfreie" Ausstellung.** Wie der „Tägl. Korresp." von seinem Londoner Mitarbeiter geschrieben wird, soll die kürzlich bereits erwähnte Erfindung, rostfreies Eisen herzustellen, demnächst auf einer Ausstellung in London veranschaulicht werden. Die Berechnung, die ein Stahlfabrikant Sir Robert Hadfields in Sheffield, gab, daß durch Anwendung der neuen Erfindung jährlich an Eisen und Stahlwaren für 500 Millionen Goldmark gespart werden können, erscheint uns zwar etwas nach oben übertrieben; jedenfalls aber hat seine Veröffentlichung den praktischen Erfolg gehabt, daß die „rostfreie" Ausstellung schon in allernächster Zeit stattfinden wird, die mittels eines verhältnismäßig einfachen Verfahrens vor Rost bewahrt werden können; eine Anzahl von Stahl- und Eisenwerken haben sich übrigens inzwischen zur gemeinsamen Erzeugung solcher rostfreien Waren zusammengeschlossen. Das Verfahren wird noch geheimgehalten.

tk. **36 Millionen „Ausländer" in den Vereinigten Staaten.** Nach einer Newyorker Meldung des „Tägl. Korresp." ergab eine kürzlich veranstaltete Zählung der „Ausländer", daß bei 36 398 958 Amerikanern entweder beide Eltern oder nur der Vater außerhalb der Vereinigten Staaten geboren sei. Die Zahl hat im Laufe der letzten zehn Jahre eine Steigerung um nicht weniger als 4 155 575 erfahren; das ist 12,9 vom Hundert der gesamten Ausländerzahl.

tk. **Der Telegrammwechsel mit der Sommerfrische.** Ob die Geschichte wahr ist, wissen wir nicht. Wenn sie es nicht ist, ist sie mindestens hübsch erfunden. Also: am Telegraphenschalter einer bekannten Harzsommerfrische erscheint eine junge Frau und gibt folgende Drahtung, offensichtlich an den zu Hause weilenden Ehemann auf: „Drahte umgehend 5000 Mark. Zur Strafe keinen Kuß. Ella". Schon sechs Stunden später empfing die junge Frau in ihrem Gasthofzimmer die Antwort des gestraften Ehegespons. Sie lautete also: „Anbei ein Kuß. Zur Strafe kein Geld. Walter."

tk. **Der Ballsaal im — Eisenbahnzug.** Wie der „Tägl. Korresp." aus Newyork geschrieben wird, hat eine der großen Pacificeisenbahngesellschaften, welche die großen Festlandquerbahnen betreiben, eine neue Einrichtung in ihren Schnellzügen getroffen, die für die Tanzwut der Amerikaner mehr als bezeichnend ist. Die Züge führen nämlich eine „Jazz-Band" mit, damit die Reisenden — besonders auf der Hunderte von Kilometern langen Strecke zwischen Oklahama und Lawton ein bißchen tanzen können. Das drolligste dabei ist aber, daß die Jazzband zudiel Platz im Zuge wegnimmt, so daß man den Grundgedanken etwas abmodelte. Zwischen Oklahama und Lawton ist radiotelephonische Verbindung. Mittels dieser Verbindung wird nun die Tanzmusik erzeugt. Wie lange wird es dauern, und das alte Europa führt in seinen Zügen neben Speise- und Schlafwagen auch solche „Tanzwagen" ein.

tk. **Ein 100-Millionen-Damenhut.** Ausländische Bilderzeitungen bringen gegenwärtig das Konterfei einer sehr hübschen jungen Dame, die eine reichlich phantastische Kopfbedeckung, bestehend aus weißen und dunklen Federn, trägt. Unterschrift: „Der Hundertmillionenhut". Ja, er soll 100 Millionen kosten; die Verwunderung wird sich allerdings etwas legen, wenn man hört, daß nur 100 Millionen österreichischer Kronen gemeint sind, was aber immerhin auch schon rund 12 000 Goldfranken sind.

Briefkasten.

K. Land. Wie wir bereits in Nr. 176 unserer Zeitung mitteilten, muß man sich wegen Erwerbung von Kultur-Land (Moor- oder Heideland) an die Landwirtschaftskammer Hannover in Hannover wenden.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Der Kampf um das Moratorium in London.

Das britische Kabinett hinter Lloyd George.

w. **London**, 13. Aug. Statt der erwarteten Konferenz zwischen Lloyd George, Poincare und Theunis fand gestern vormittag eine eilig einberufene Sitzung des britischen Kabinetts statt, auf der die Punkte, in denen ernste Meinungsverschiedenheiten auf der Konferenz bestehen, erörtert wurden. Das britische Kabinett sprach Lloyd George einstimmig das volle Vertrauen und Unterstützung bei den Verhandlungen wegen des Moratoriums an Deutschland aus und beschloß, die Angelegenheit vollständig dem Premierminister zu überlassen.

Die Sachverständigen-Beratungen.

w. **London**, 13. Aug. Die Sitzung des Sachverständigenausschusses gestern vorm. im Schatzamte zog sich bis in den Nachmittag hinein. Es verlautet, daß umfassende Erörterungen im Gange sind wegen des Verfahrens, das gegenüber den Konferenzvorschlägen wegen der Bergwerke und Forsten angewandt werden soll. Sowohl die britischen wie auch die französischen Ansichten wurden eingehend erörtert. Die britische Ansicht ist, wie verlautet, daß nur eine etwaige Aufsicht stattfinden solle im Falle, daß Deutschland in Verzug gerät, die französische Ansicht ist jedoch die, daß eine vollständige Kontrolle stattfinden soll. Es hat eine beträchtliche Erörterung stattgefunden über die genaue Bedeutung des Begriffs „Kontrolle". Wie mitgeteilt wird, ist in der Frage der Bergwerke und Forsten noch kein Kompromiß in Sicht.

Eine ernste Krise?

w. **London**, 13. Aug. Observer berichtet über die ernste Krise, die auf der Londoner Konferenz bestehe, dadurch, daß sowohl die französische wie die britische Regierung unnachgiebig auf ihrem Standpunkt beharre. Die erstere verlange die Kontrolle der Bergwerke und Forsten, die letztere erkläre sich dagegen. Die Krise am gestrigen Tage habe ersichtlich Veränderungen der Verteilung der Kräfte auf der Konferenz bewirkt. Die Belgier, die bisher den britischen Standpunkt gegen die Zollschranken unterstützt haben, gingen in der Frage der Bergwerke und Forsten in das andere Lager über. Ein gemeinsamer belgisch-französischer Kompromißvorschlag wurde unterbreitet, wonach die Alliierten die Befugnis erhalten, gemeinsam den Aufsichtsräten der Bergwerke Befehle zu erteilen. Wenn sie die Befehle nicht durchführen, so soll nach dem Vorschlag der Aufsichtsausschuß die Vollmacht erhalten, die deutsche Regierung zu ersuchen, die Direktoren abzusetzen. Die britischen Vertreter stellten sich diesem Vorschlag geschlossen gegenüber; Deutschland könne letzten Endes den Alliierten nur zahlen durch Zusammenwirken und nicht infolge seines Zusammenbruchs. Die britische Regierung beharre fest auf ihrer Forderung eines Zahlungsaufschubs bis zum Ende des Jahres, der für Deutschland eine wirkliche Befreiung bedeute und nicht von irgend einer Kontrolle über die deutsche Industrie begleitet sein solle.

D. **Paris**, 13. Aug. Ein ausdrücklich als offiziös bezeichnetes französisches Communique unterstimmt es, die Erwartungen auf eine nachgiebigere Haltung Poincares, die sich infolge gestriger Londoner Berichte bedeutend verstärkt hatten, entschieden zu dämpfen. Das Communique erklärt, daß die Versicherung, daß die Unterredung zwischen Poincare und Lloyd George besonders heftig gewesen wäre, ebenso unrichtig sei wie die Meldung, wonach Poincare gestern sein Garantieprogramm aufgegeben habe. Der französische Ministerpräsident verharre in unveränderter Weise auf dem Standpunkte, daß Deutschland nur unter der Bedingung sofortiger produktiver Garantien ein Moratorium gewährt werden könne. In ihren Gegenvorschlägen hätte die englische Regierung bisher nur das Prinzip dieser Garantien genehmigt, aber die Garantievorschläge selbst habe Poincare bisher für ungenügend befunden und eine Einigung sei infolgedessen bisher nicht erzielt worden.

TU. **Paris**, 13. Aug. Nach einer Meldung aus London wird Lloyd George am Montag früh von seinem Landsitz wieder nach London zurückkehren; dann werden sofort die offiziellen Sitzungen beginnen. Die Franzosen drohen, wenn Lloyd George ihnen nicht entgegenkommt, mit einem Bruch der Beziehungen zu England, und unter Ausschluß Englands werde man mit Deutschland und den übrigen Ländern Europas Sonderabmachungen treffen. Es wird erklärt, daß Frankreich unter solchen Umständen eine kontinentale Politik beginnen müsse. Echo de Paris betont und andere Blätter fordern Poincare auf, am Montag eine endgültige Entscheidung herbeizuführen, und falls England auf seiner Unnachgiebigkeit beharrt, seine volle Handlungsfreiheit zurückzunehmen. Es wird auch von dem Gedanken militärischer Maßnahmen gesprochen.

Der sentimentale Wert der Entente für England.

w. **London**, 13. Aug. In der „Sunday Times" schreibt Crawford Price: Der Tag wird kommen, und es wird gut sein, daß wir darauf vorbereitet sind, an dem es keine Kompromisse mehr geben kann. Die Entente ist dem britischen Herzen teuer, sie besitzt aber für uns nur sentimentalen Wert, der in keinem Verhältnis steht zu den materiellen Vorteilen. Es gibt verhängnisvollere Möglichkeiten, denen das Europa von heute ausgesetzt ist als den Bruch der Entente. Jedenfalls ist es hohe Zeit, daß unsere französischen Freunde aufhören, die Entente ausschließlich als Zwangsmittel gegen Deutschland anzusehen. Sie könnten sonst die Entente am Bosporus ebenso wirksam machen wie am Rhein.

Französische Meldung über Unterstaatssekretär Bergmanns Schritte in London.

D. **Paris**, 14. Aug. Die Blätter berichten aus London, daß gestern nachmittag der ehemalige Unterstaatssekretär Bergmann in London eingetroffen sei. Er habe in einer Unterredung mit maßgebenden englischen Persönlichkeiten darauf hingewiesen, daß es für Deutschland unmöglich sei, die Bedingungen anzunehmen, über die sich die drei Ministerpräsidenten geeinigt hätten. Nach den hiesigen Blättern sollen seine Argumente starken Eindruck auf Lloyd George gemacht haben.

Gegen das Kohlenabkommen.

—* **Bochum**, 13. Aug. Eine Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nahm angesichts der aus der deutschen Kohlennot entstehenden Gefahr eine Entschließung gegen das Abkommen von Spaa an und fordert sofortige Abwehrverhandlungen.

Der Bahnbau Dortmund-Münster.

w. **Berlin**, 13. Aug. Auf eine Anfrage mehrerer Reichstagsabgeordneter über den Bahnbau Dortmund—Münster hat der Reichsverkehrsminister folgende Antwort erteilt: Der Bahnbau Dortmund—Münster ist, nachdem er nach dem Kriege wieder aufgenommen worden ist, nicht mehr unterbrochen worden. Er ist vielmehr soweit gefördert worden, als dies unter den heutigen Verhältnissen möglich war. Die Baukosten sind aber infolge der fortschreitenden Geldentwertung derart gestiegen, daß trotz des Verbrauchs von bisher rund 70 000 000 Mark erst der kleinere Teil der Kosten gedeckt ist, obschon die Bahn entgegen dem ursprünglichen Plan vorläufig nur eingleisig ausgebaut wird. Für das Haushaltsjahr 1922 sind weitere 92 000 000 Mark bereitgestellt. Aber auch mit diesen bedeutenden Mitteln kann der Bau noch nicht zu Ende geführt werden, da zurzeit bereits mit Gesamtbaukosten von rund 200 Mill. Mk. gerechnet werden muß. Ob diese Summe ausreichen wird, kann zurzeit noch nicht übersehen werden. Es erscheint mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reichs und die übrigen finanziellen Bedürfnisse der Reichsbahn nicht angängig und nach Maßgabe des Baufortschritts auch nicht nötig, noch weitere Beträge für diesen Bahnbau im Jahre 1922 freizumachen. Seitens des Reichsverkehrsministeriums wird aber dahin gewirkt werden, daß die Bahn sobald als möglich fertiggestellt wird.

Ein kommunistischer Landarbeiter-Streik.

w **Freienwalde**, 13. Aug. Im Kreis Oberbarnim ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, der als letzte Ursache die Anerkennung einer „Gruppe für Land- und Forstwirtschaft der kommunistischen Union der Hand- und Kopfarbeiter" als tariffähige Gewerkschaft bezweckt. Bereits vor 10 Tagen war in kleinerem Umfange aus demselben Gründen ein Streik im Gange, der aber bald beigelegt wurde und den Kommunisten nicht zum Ziele verholfen hat. Wie damals wird auch heute der Streik von einem ehemaligen gewerkschaftlichen Kreissekretär aufgezogen. Der Deutsche Landarbeiterverband steht dem Streik ablehnend gegenüber. Bestreikt werden zur Zeit 30 Betriebe mit etwa 15 000 Hektar Ackerfläche. Das Getreide liegt geschnitten auf dem Felde und wächst infolge der feuchten Witterung bereits aus. Das Vieh wird in diesen Betrieben nicht gefüttert und gemolken, was besonders für die Milchversorgung von Berlin bedrohlich ist, da der Kreis über 15 000 Liter Milch täglich für Berlin liefert. Der schon an sich so schwer darniederliegenden Volksernährung droht durch diesen leichtfertigen, aus politischen Gründen hervorgerufenen Streik ernste Gefahr. Der Landrat hat infolgedessen den Einsatz der Technischen Nothilfe angefordert, der in steigender Maße vonstatten geht.

Deutschland und die Ver. Staaten.

w **Newyork**, 12. Aug. (Funkspruch). Nach der Washington Times wird im Weißen Hause erklärt, Harding halte es für ein bemerkenswertes Ereignis im Leben der Völker, daß die deutsche Regierung, mit der Amerika noch vor kurzem sich im Kriege befand, Amerika bat, für die Kommission über die deutsch-amerikanischen Entschädigungsansprüche einen Schiedsrichter zu ernennen. Ein Leitartikel des World sagt, die Bitte der deutschen Regierung an Harding, den unparteiischen, zu ernennen, war ein Akt der Höflichkeit und des guten Willens, der nicht zu Deutschlands Nachteil ausgelegt werden dürfe. Newyork Herald meint, die Ernennung des Richters Day zum Schiedsrichter gebe die Sicherheit, daß weder Furcht, noch Begünstigung die Entscheidung färben würden. Dadurch, daß sie sich dem fair play der Vereinigten Staaten unterwarfen, machten die Deutschen eine Geste des Vertrauens, die die Regierungen der europäischen Völker wohl nachahmen könnten.

w. **Berlin**, 13. Aug. Ein Erlaß des Reichsverkehrsministers gibt die Richtlinien für die Steigerung der Personalleistungen während des Herbstverkehrs. Für die in Fällen besonders gespannter Dienstlage nötigen Mehrleistungen werden den Beamten und Arbeitern besondere Zulagen gewährt. Je nach Gehaltsstufen beziffert sich die tägliche Zulage auf 30, 35 oder 40 Mark, in besonders schweren Fällen auf 60, 70 und 80 Mark pro Tag. Ranglerprämien und Aufwandsentschädigungen des Zugpersonals werden, soweit die Voraussetzungen für eine besondere Zulage vorliegen, auf die gleichen Sätze gebracht. Ueber die Einführung der Maßnahmen entscheiden die Präsidenten. Mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszulagen steht diese Maßnahme in keinem Zusammenhang.

w. **Lissabon**, 13. Aug. (Havas.) Wenn auch der Streik im Abflauen begriffen ist, wurden doch noch gestern mehrere Bomben geworfen, die aber keine Opfer forderten. Der Polizeipräfekt starb gestern. Es verlautet, daß er Selbstmord verübte.

w. **London**, 13. Aug. Wie gemeldet wird, sind Lloyd Georges Memoiren für 90 000 Pfund Sterling angekauft worden. Dieser Preis umfaßt sowohl die amerikanischen wie die britischen Rechte. In England wird das Buch von der Firma Cassell veröffentlicht werden.

w. **London**, 13. Aug. Der Vorsitzende des irischen Dailetean Arthur Griffith ist plötzlich gestorben.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: i. V.: Th. Jossen; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Jossen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck, für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Stadt Bochum

Gebührenordnung für die städt. Brückenwage in Bochum.

Die Gebühren für die Benutzung der städt. Brückenwage am Neumarkt sind vom 15. August 1922 ab wie folgt festgesetzt:

1.	Für Fuhrwerke bis zu 1000 kg Bruttogew.	4	M.
2.	„ „ über 1000-2000 kg „	6	„
3.	„ „ „ 2000-3000 kg „	8	„
4.	„ „ „ 3000 kg „	10	„
5.	„ ein Lastauto leer oder beladen . .	20	„
6.	„ einen Anhänger	15	„
7.	„ Großvieh (Rindvieh, Pferde, Maultiere) . . . . . je	5	„
8.	„ Kleinvieh (Schweine, Kälber, Schafe, Ziegen) . . . . . je	2	„
9.	„ Einzelstücke ohne Fuhrwerk . . . je	3	„

Die Gebühren für den Wiegeschein sind hierin einbegriffen, für jeden weiteren Schein wird eine Gebühr von 2 M. erhoben.

Zur Ermittelung des Nettogewichtes wird die Tara unentgeltlich gewogen.

Der Magistrat.

Amt Bochum Süd

Bekanntmachung.

Der Entwurf zum Haushaltsplan der Gemeinde Altenbochum für das Rechnungsjahr 1922 liegt vom 14. August 1922 ab 14 Tage lang im hiesigen Amtshaus, Wittenerstraße Nr. 6, Zimmer 6, zur Einsichtnahme offen.

Altenbochum, den 11. August 1922.

Der Amtmann:
J. V.: gez. Maas, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Nachdem durch Schiedsspruch die Löhne für unsere Angestellten ab 1. August eine weitere beträchtliche Steigerung erfahren haben und ab 16. August eine nochmalige Steigerung in Kraft tritt, sehen wir uns gezwungen, **ab 16. August 1922** mit Genehmigung unserer Aufsichtsbehörden eine weitere **Tariferhöhung** eintreten zu lassen.

Die neuen Fahrpreise werden durch Aushang in den Wagen bekanntgegeben.

Gerthe, den 11. August 1922.

Westfälische Straßenbahn G. m. b. H.

KAFFEE HACKERT Bochum, Hellweg str. 1.
gegenüber der Feinbäckerei und Konditorei
Diese Woche Spezialität: **Prassel - Kuchen.**

Nur für Wiederverkäufer!

Prima thüringische
Salzgurken
in Fässern von 13 Schock.
Heinrich Hoppe
Bochum
Büro und Lager:
Trankgasse 7
Fernruf 1940 und 1941



Uhr-Reparaturen
fachmännisch, gut und billig.
Uhren - Rave
Bongardstr. 23. Telefon 2593
Besichtigen Sie meine Schaufenster.

Auf unserm Baugelände kann
Schutt
abgeladen werden.
Kraftwagen-Handels-Ges. m. b. H. Bochum,
Wittenerstraße 102. Telefon 4020 u. 3505.

Bauplatz Wittenerstr. Altenbochum, nahe Stadtgrenze, ca. 1150 qm, zu verkaufen. Angebote unter **L. W. 50** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zuschneide- u. Näh-Kursus
auch tageweise 8103
Frau L. Krenz, Humboldtstr. 11 Eingang Schillerstraße

Fluchtlinienfestsetzung.

Der von uns im Einverständnis mit der Stadtverordneten-Versammlung unter Zustimmung der Stadtpolizeiverwaltung festgestellte Fluchtlinienplan der Wasserstraße von der Drusenbergstraße bis zur Gemeindegrenze Weitmar und der Wiesenstraße von der Wasserstraße bis zur Hunscheidtstraße, sowie über die Aufschließung des Geländes zwischen der Wasserstraße, Gemeindegrenze Weitmar an der Eisenbahn von Dahlhausen nach Bochum einschl. der Grünflächen 14 und 14 a liegt gemäß § 7 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 über Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten pp. von **Dienstag, 15. August 1922 ab 4 Wochen lang** während der Dienststunden in der Stadterweiterungs-Abteilung Trankgasse 7 a, Zimmer 37, zu jedermanns Einsicht und zur Erhebung von Einsprüchen offen.

Bochum, 10. Aug. 1922.

Der Magistrat.

Verreist
Augenarzt Dr. Adler
Mühlenstraße 10.

Neues
Operetten-Theater
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534
Gastspiel der Kölner Lustspiele
Heute und folgende Tage,
abends 8 Uhr:
Lachen ohne Ende.
Da hast Du Schwein gehabt.
Schwank in 3 Akten mit Orchester.

Habe noch einen großen Posten
Tapeten
zu günstig. Preisen abzugeben.
Reichhaltige Auswahl
Beachten Sie meine Auslagen.
C. Bohlmann
Bochum
Kortumstr. 4 Tel. 826

Oel
Ia. staubfreies zum billigst. Tagespreise stets zu haben.
C. Bohlmann,
Bochum, Kortumstr. 4
Fernruf 826.

Brillanten
reeller Ankauf
Schrader, ABC-Str. 15

Kaufgesuche
Rhein- und Mosel-Weinflaschen
zum Preise von **Mk. 7.50** zu kaufen gesucht. Abholung sofort.
M. Becker,
Bochum, Alleestraße 11.
Telefon Nr. 318.

Goldankauf
E. Beleistein,
Kortumstraße 18.

Alt-Gold
Silber, Platin, wie: Ketten, Ringe, Bestecke, Medaillen, alte Münzen, Zahngebisse, Quecksilber
kauft ständ. höchstzahlend
Zahnpraxis Brückstraße 51.
Auf Haus-Nr. 51 achten

Heute Montag
letzter Tag!



Dr. Mabuse
der große Spieler
II. TEIL:
„INFERNO“
Aufführungszeiten der **Weltlichtspiele:**
3 Uhr | 6 Uhr | 8½ Uhr
Aufführungszeiten der **Tonhalle:**
3½ Uhr | 6¼ Uhr | 8¾ Uhr
In Anbetracht des starken Andranges bitten wir unsere geschätzten Besucher, nach Möglichkeit die 1. Nachmittags-Vorstellung zu besuchen.
Ferner;



im Glashaus!
Weltlichtspiele und Tonhalle

Kohlen u. Koks
für Industrie und Hausbrand liefert pünktlichst
Bochumer Kohlen-Kontor
Humboldtstraße 53. — Telefon-Nr. 3517—3518.
8102

Haltet ihn fest!



Knaben-Uhren
Silberne Uhren
Goldene Herren - Uhren
Goldene Damen - Uhren
Gut und billig!
Colliers, Ketten, Schlipsnadeln, Broschen und Ringe
Manschettenknöpfe, Armbänder in großer Auswahl.
Uhren - Rave Bongardstr. 28 Telephon 2593
Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Antrieb.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Lagerraum
parterre, in Bochum oder außerhalb p. sofort oder später zu mieten gesucht, evtl. tausche mit meinem im Zentrum von Bochum geräumigen, diebessicheren Keller; dieser ist für jedes Geschäft geeignet. Angebote an
A. B. Saß, Brückstr. 12.

Junger Mann sucht in ein. deutschgel. Hause ein
möbl. Zimmer
Ang. u. **J. H. K. 35** an die Gesch. d. Ztg.

Offene Stellen

Tüchtige, erfahrene
Elektromonteure
für sofort gesucht.
Georg Stübner,
Bochum, Wiemelhauserstraße 13.

Für ein städtisches Restaurant **I. Güte** wird ein
tücht. Wirt
als Pächter gesucht.
Nur einwandfreie Persönlichkeiten mögen sich melden.
Anfragen an das Stadtbauamt in Bochum.

Maschinen-Schreibhülfe
(Stundenarbeit), gesucht.
Wagemann, Marktstr. 5.

Für die Bewachung eines größeren Hofes zur Nachtzeit wird sofort
ein äußerst zuverlässiger, älterer Mann,
evtl. auch Invalide, mit besten Empfehlungen gesucht, welcher gleichzeitig in der Lage ist, mit Pferden umzugehen und die Fütterung abends und morgens zu übernehmen.
Schriftliche Angebote unter Nr. 12295 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ordentliche
ältere Leute,
welche sich für Spezialarbeiten ausbilden wollen, erhalten sofort dauernde Stellung.
Maschinenfabrik
Ed. Link, Ehrenfeld,
Joachimstraße 15.

Junge Leute
die zur See fahren wollen, erb. vorher Aufkl. u. Rat
Auskunftei Hamburg 36, Schlf. 112, F. 9.

Durch das
Städtische Arbeitsamt Bochum
Trankgasse 7, Eingang E (Telefon: Stadtzentrale
werden Arbeitnehmer für alle Berufsarten vermittelt.

Tüchtige
Werkzeugschlosser und Dreher
werden sofort eingestellt.
Maschinenfabrik
Ed. Link, Ehrenfeld,
Joachimstr. 15.

Jüngere männliche
Bürokraft
baldigst gesucht. Schreibmaschine u. Stenographie erwünscht. Schriftl. Angebote unter 12303 an die Gesch. d. Ztg. erbeten.

Eine mit Büroarbeiten vertraute
Kontoristin
die auch stenographieren und maschinenschreiben kann, von kaufm. Büro zu sofortigem Eintritt gesucht.
Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Angabe der Konfession, der Gehaltsansprüche u. des Eintrittstermins unt. Nr. 12287 an die Gesch. dieses Blattes.

Für ein größeres kaufmännisches Büro wird zum sofortigen Eintritt eine in der Buchhaltung durchaus erfahrene
junge Dame
gesucht.
Schriftl. Angeb. unter Nr. 12301 an die Gesch. dieser Zeitung erbeten.

Suche mit meinem 4jähr. Kinde bei katholischen Leuten eine Stellung als
Haushälterin.
Prima Zeugnisse vorhanden. Offerten an
Frau Hoffmann, Duisburg-Meiderich, Kampstraße 2.

Gut möbl. Zimmer
gesucht.
M. Fromm, Bochum.

Für die neu errichteten Gehülfenstellen bei dem hiesigen Wohlfahrtsamt, dem Wohnungsamt und der Kassenverwaltung werden
3 Verwaltungs-Gehülfen
gesucht.
Gefordert werden: gute Allgemeinbildung, mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit bei Gemeindebehörden, möglichst in den oben bezeichneten Verwaltungszweigen, und Gewandtheit im Verkehr mit dem Publikum.
Besoldung erfolgt prozentual nach Gruppe VI Ortsklasse A. Höchste Wirtschaftsbeihülfe.
Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften, mit Angabe des frühesten Dienstantritts werden umgehend erbeten.
Die Gemeinde Gerthe liegt inmitten der Städte Bochum, Herne, Castrop und ist mit diesen durch die elektrische Straßenbahn verbunden.
Gelegenheit zum Besuch der Märkischen Verwaltungsschule in Bochum ist vorhanden.
Gerthe, den 9. August 1922.
Der Amtmann des Amtes Harpen.

Kohlenhandelsgesellschaft
sucht zum baldmögl. Eintritt einen tüchtigen, jüng.
Konto-Korrent-Buchhalter
sowie einen
Versandbeamten.
Saubere Handschriften, Vertrautheit mit sämtlichen Büroarbeiten, Stenographie und Maschinenschreiben erforderlich. Angebote mit Angabe der Gehaltsanspr. und Vorlage von Zeugnisabschr. unter Nr. **12288** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Große Bergwerksgesellschaft
sucht für ihre Einkaufs-Abteilung einen
jungen Beamten
mit guter Handschrift, der eine kaufmännische Lehre durchgemacht hat. Bedingung: Wohnsitz in Bochum. Eintritt baldmöglichst.
Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter Nr. **12928** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für unser techn. Büro suchen wir zum 1. Okt.
einen jüng. Techniker oder Zeichner
für Förderwagenbau und kl. Eisenkonstruktionen mit mehrjähriger Büropraxis. Schriftliche Bewerbungen an
Gewerkschaft Lindenberg, Bochum.

Zum 1. September ds. Jrs. wird ein
Bürogehilfe
nicht unter 20 Jahren gesucht.
Bedingung: Gute Kenntnisse im Registratur- u. Verwaltungsdienst, Beherrschung der Kurzschrift und der Schreibmaschine. Gehalt bei guter Leistung nach dem Tarif für Bergbauangestellte (nach dem Stande vom 1. Juli mit 20 Jahren 4425.— Mark monatl.). **Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind sofort bei uns einzureichen**
Handelskammer zu Bochum.

Hauer, Lehrhauer und Schlepper
aus den Kreisen **Hersfeld, Hünfeld, Fulda und der Rhön** werden laufend eingestellt.
Gedingeverdienst 300—400 M. je Schicht, Hausstandsgeld 7.00 M., Kindergeld 8.00 M. je Kind und Arbeitstag usw.
Hersfeld—Heimboldshausen
Tann—Wenigentaft } —Vacha
Hünfeld—
Gerstungen—Vacha
Unterkunft im Ledigenheim und Privatquartiere; Meldungen an
Kaliwerke Aschersleben,
Schachtanlage Hattorf, Philippsthal-Werra

Wir suchen zum sofortigen Eintrit einen
Lehrling
mit höherer Schulbildung
Westfalenbank A.-G. Bochum

Wir suchen zum Eintritt per 1. September noch eine
jüngere Kontoristin
im Alter von 19—25 Jahren, die perfekt in der Stenographie und bereits auf einem Kontor tätig gewesen ist.
Angebote unter Nr. **13010** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Stimmungen und Reparaturen
von Pianos 2c. übernimmt
P. Janohan & J. Marks, Kaiser-Wilhelmstraße

Nr. 188. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Montag, 14. August 1922

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 14. August.

Gemeindefinanzen und Industrie.

I.

Wie materielle Not auch gegnerisch gesinnte Menschen zusammenführt, so muß die katastrophale Auswirkung der Reichssteuergesetzgebung, die infolge der absoluten Zentralisation das Reich zwar befriedigt, die Gemeinden aber in ihrem Bedarf völlig unbefriedigt läßt, Gemeinden und Industrie, wenngleich verschiedenartig betroffen, vereinen, um in gemeinsamer Arbeit die örtliche Finanznot zu steuern und mit gemeinsamer Stoßkraft an den Stellen rückhaltlos und warnend zu pochen, die für Rechts- und Wirtschaftsordnung verantwortlich und berufen sind, beschleunigte Maßnahmen zu treffen, um vor Eintritt eines völligen Zusammenbruchs Unsicherheit und Verwirrung aus der Finanzwirtschaft der Gemeinden herauszubringen.

Dieser Erkenntnis offenbar folgend, hat in anerkennenswerter Weise der Vorsitzende der Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rhein.-westf. Industriegebiet, Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Dr. Most, Finanz- und Steuersachleute aus Handel und Industrie und den Gemeinden zusammenberufen, um in gemeinsamer Beratung, nach Abgleichung des vielfachen Widerstreits der Interessen, Vorschläge für die künftige, für Kommunal- und Wirtschaftspolitik so bedeutungsvolle Gesetzgebung hinsichtlich der Gewerbebesteuerung zu machen. Dem gemischt zusammengesetzten Ausschuß ist ferner u. a. die Aufgabe gestellt, auf Grund der eigenst hierzu von Oberbürgermeister Dr. Oehler in seiner vortrefflichen Denkschrift angestellten Untersuchung über die besondere Gewerbesteuer im rhein.-westf. Industriegebiet zu prüfen, welche Richtlinien den Gemeinden an die Hand gegeben werden können, um unter Beachtung des Grundsatzes von „Leistung und Gegenleistung" die gewerbesteuerpflichtigen Betriebe je nach der Höhe der Lasten, die sie der Gemeinde insbesondere auf dem Gebiete des Schul- und Polizeiwesens, der Wohlfahrtspflege und der allgemeinen Gemeindeverwaltung verursachen, anteilmäßig und erträglich heranzuziehen. Leider wird bei der heutigen Reichsfinanzgesetzgebung eine noch eigener Ansicht der Pflichtigen erträgliche Gewerbesteuer-Belastung nicht immer zu erreichen sein, weil viele Gemeinden im wesentlichen auf die Einnahmen aus gewerblichen Betrieben, auf die Gewerbesteuer beschränkt sind, zumal die Grundsteuer infolge der Zwangsmietengesetzgebung in keiner Weise mit dem Steigen der Ausgaben Schritt halten kann. Durch das Reichseinkommensteuergesetz ist eben den Gemeinden die Grundlage einer gesunden gemeindlichen Finanzgebarung, die Einkommensteuer, genommen worden, die außer ihrer großen Ergiebigkeit durch das Zuschlagsrecht ein Mittel bot, den Gemeindefinanzbedarf zeitlichen und örtlichen Verhältnissen anzupassen und jedermann zur Besteuerung heranzuziehen. Statt dessen sind die Gemeinden auf völlig unzureichende, grundsätzlich jährlich von den Ländern zu bestimmende feste Anteile gesetzt, die durchweg heute kaum 25 Prozent des Fehlbetrages ausmachen, während das Aufkommen an Gemeindeeinkommensteuer durchweg 50 bis 75 Prozent Deckung ergab, abgesehen davon, daß die Gemeinden wegen nicht rechtzeitiger Zahlung des gewährleisteten Anteils in dessen Höhe schwebende Schulden aufnehmen mußten. Aber damit nicht genug. Mit der zunehmenden Beschränkung der Finanzautonomie der Gemeinden wurde andererseits der Aufgabenkreis noch erheblich vergrößert und ohne weiteres den Gemeinden von Reich und Ländern eine Aufgabe nach der andern auferlegt, so ein Anteil von ein Drittel der Fürsorgeaufwendungen für Kleinrentner, ein Fünftel für Sozialrentner, ein Zehntel für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und ein Sechstel für Erwerbslose.

Sodann haben die Gemeinden für Wohnungswesen und Mieterschutz erhebliche Summen aufzuwenden, ohne dafür vom Staate eine Rückleistung zu erhalten und ferner außer den enormen sachlichen mehr als die Hälfte der Personallosten der Volksschulen zu tragen, entgegen der bei der Verabschiedung des Volksschullehrer-Diensteinkommengesetzes verschenden Auffassung, daß der Staat ¾ und die Gemeinden nur ¼ der persönlichen Volksschullasten zu übernehmen hätten. In Gemeinden mit vorherrschend Arbeiterbevölkerung wird naturgemäß der Umfang der Wohlfahrtsausgaben und der Volksschullasten erheblich anwachsen, ohne daß dafür der Anteil aus der Reichs-Einkommensteuer, der aus diesen Volkskreisen stammt, im Verhältnis Schritt hält. Denn wenn schon unter der kommunalen Steuergesetzgebung der Vorkriegszeit der Arbeiter Zuschußbürger war, so ist er dies durch die Kontingentierung der Einkommensteuer, insbesondere durch die Herabsetzung des Steuertarifs im erhöhten Maße geworden, da die Ergiebigkeit der Steuer hierdurch außerordentlich gelitten hat und der Gemeindeanteil sich grundsätzlich nach dem örtlichen Aufkommen richten wird. Es kommt hinzu, daß während die ursprüngliche Reichs-Einkommensteuer die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens durch die Gemeinden und damit eine Heranziehung aller Bevölkerungskreise zuließ, nun auch diese Quelle den Gemeinden entzogen ist. Bereits im Dezember 1921 sind die Mittel für eine Ersatzleistung an die Gemeinden im Nachtragsetat zur allgemeinen Finanzverwaltung bewilligt worden, bis heute warten die Gemeinden vergebens auf die Verteilung. Ein solches Gebahren des Reichsfinanzministeriums muß zu der Auffassung führen, um so mehr als durch die Verzögerung der Reichseinkommensteuer-Veranlagung die Höhe der Gemeindeanteile für das Jahr 1920 auch heute noch nicht feststeht, daß man an der Zentralstelle trotz aller Vorstellungen kein Verständnis für die Not der Gemeinden hat und man an dem guten Willen zweifeln muß, vor Eintritt einer unheilvollen, vollkommenen Unordnung erneute Sicherheit in die Gemeindefinanzwirtschaft hineinzutragen.

H. J.

Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk.

In der letzten Sitzung des Verbandsausschusses des Siedelungsverbandes Ruhrkohlenbezirk wurden u. a. eine Reihe Ansiedelungsgenehmigungen erteilt. Hierbei einigte man sich dahin, daß für die Kulturlasten, soweit darüber nicht eine Vereinbarung zwischen Ansiedler bezw. Unternehmer und Gemeinde vorliegt und soweit es sich nicht um Wohnungsbauten aus Mitteln des Kohlenfonds (Bergmannssiedelungen) handelt, die Sätze um 50 Proz erhöht werden sollen. Bezüglich der Bergmannssiedelungen ist eine neue Regelung noch in der Schwebe. Weiter wurden Grundflächen- und Fluchtlinienangelegenheiten, die Neuaufnahme von Verkehrsbändern sowie Personalien erledigt. Ueber das neue Baumbestandsgesetz wurde ein Bericht gegeben. Ferner wurden Zuschüsse bewilligt: für die Essener Gartenbauausstellung 20 000 Mk., die zur Förderung des Kleingartenbaues durch Stiftung von Preisen für hervorragende Leistungen und durch Veranstaltung von Vorträgen auf diesem Gebiet verwendet werden sollen; für die Interessengemeinschaft für Heimatschutz im Industriegebiet 1000 Mk., für die Herausgabe eines Arbeitskalenders für den Obst- und Gemüsegarten durch den Gartenbauverein Recklinghausen 2600 Mk., für den Verkehrsverband Industriebezirk 3000 Mk. als freiwilliger Feuerungszuschuß. Endlich wurde ein Ausschuß gebildet zur Durchprüfung des Entwurfes des preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichsheimstättengesetz, damit an zuständiger Stelle auf eine genügende Sicherung der Belange der Gemeinden des Siedelungsverbandes hingewirkt werden kann.

Uhrmacher- und Goldschmiedetagung in Bochum.

In diesen Tagen hält der Westfälisch-Lippische Uhrmacher- und Goldschmiedeverband im Parkhause seinen 4. Verbandstag ab; gestern nachmittag vereinigten sich die Obermeister und heute vormittag beginnt die Hauptversammlung. Besonderes Interesse der Versammlungsbesucher findet eine

Fachausstellung,

die am Samstag nachmittag eröffnet wurde. In einem der Terrassenräume des Parkhauses versammelten sich neben den Leitern der Ausstellung Vertreter der Stadt, der Handwerkskammer Dortmund, der Berufsvertretungen des Bochumer Handwerks, des Verbandes der uhrmacher und Goldschmiede und der Presse. Obermeister Le Claire entbot den Gruß der Ausstellungsleitung. Stadtrat Stumpf würdigte die Bedeutung der Veranstaltung für das Handwerk, hieß den Verband im Namen der Stadt Bochum willkommen und eröffnete die Ausstellung. Bei einem Rundgange durch die Ausstellung, die die Flure, den kleinen Saal mit der anschließenden Glashalle, das Treppenhaus, die drei Säle im Obergeschoß und deren Nebenräume bis auf das letzte Plätzchen füllt, hielt Stadtrat Stumpf Ansprachen an die Aussteller, auch ihnen den Gruß der Stadt Bochum überbringend. Die Ausstellung stellt sich als eine Messe für alle Waren dar, die für Uhrmacher und Goldschmiede, für Schmuckwaren- und verwandte Geschäfte in Betracht kommen. Dabei zeigt sich, wie die Industrie sich umzustellen wußte: als die Verwendung der Edelmetalle eingeschränkt werden mußte, verlegte sie sich auf die Herstellung von Alpakawaren, die in der mannigfaltigsten Ausführung besonders auffallen. Aussteller haben sich eingefunden aus allen Teilen des Reichs. In den oberen Sälen erweckte besonders ein Raum die Aufmerksamkeit der Besucher, in dem „unser Nachwuchs" Proben seines Strebens und Könnens ablegte. Arbeiten der Lehrlinge der uhrmacher zeigten Eifer, Fleiß und Geschicklichkeit, mit denen sie sich ihrer Präzisionsarbeit widmen, und die jungen Beflissenen der Goldschmiedekunst beweisen in ihren Arbeiten, daß auch in diesem Kunsthandwerk strebsame Talente am Werke sind, geschmackvoll und gediegen eArbeit zu erlernen. Nach dem Rundgange wurde in einer Reihe von Reden, u. a. sprachen Syndikus Ostwald, Bochum, Obermeister Schrader als Vertreter des Innungsausschusses, Geschäftsführer König vom Zentralverband der uhrmacher und Goldschmiede, Obermeister Kupperschlag, Kamen, Obermeister Le Claire, Vertreter der Handwerkskammer und andere Herren, das Gesehene gewürdigt, die Bedeutung und die Notwendigkeit der Pflege des Handwerks hervorgehoben und dem Willen Ausdruck gegeben, daß auch Kunst und Handwerk in unentwegter Arbeit mitwirken wollen am Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

*

Am Samstag abend vereinigten sich Ausstellungsleitung und Aussteller zu einer zwanglosen Unterhaltung im großen Parkhaussaal, zu einem festlichen Begrüßungsabend, der gestern abend stattfand, war ein reichhaltiges Programm aufgestellt. Heute nehmen nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten die festlichen Veranstaltungen ihren Fortgang mit Konzert, Ball u. dergl., für Dienstag sind nach Schluß der geschäftlichen Verhandlungen ein Besuch der Bergschule, einer Schachtanlage sowie Ausflüge vorgesehen.

Großzügige Wegebezeichnung für die Verbandsstraßen im Ruhrkohlenbezirk.

rk. Wie wir hören, ist in wiederholten Besprechungen der technischen Beiräte des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk über eine einheitliche Wegebezeichnung der Verbandsstraßen beraten worden. Hieran ist besonders der Kraftwagenverkehr interessiert. Ein Antrag der Stadt Gelsenkirchen schlägt vor, daß jede Gemeinde die für den Durchgangsverkehr günstigen, jetzt schon vorhandenen Straßen dem Verbandsdirektor mitteilen soll; aufgrund dieser Angaben soll dann die Wegebezeichnung im Benehmen mit den Kraftwagenbesitzer-Vereinigungen einheitlich geregelt werden. Zu diesem Zweck sind einheitliche Richtungstafeln mit großer, auffallender Schrift, etwa schwarz auf gelbem Grunde, vorgesehen.

Ferner sind an zentral gelegenen Stellen Uebersichtstafeln anzubringen, außerdem Warnungstafeln. Die Kosten tragen die Gemeinden, die die Tafeln vom Verbande beziehen.

Die Durchführung dieses Gedankens wird die Verbandsstraßen, die trotz teilweisen Vorhandenseins vom Verkehr bisher aus Unbekanntheit vielfach verhältnismäßig wenig benutzt werden, erst zu wirklichem Leben erwecken und ist deshalb lebhaft zu begrüßen. Ergänzt werden müßte die Straßenbezeichnung unseres Erachtens aber noch durch die Ausgabe einer amtlichen Uebersichtskarte des Verbandsgebietes mit Einzeichnung der bereits vorhandenen Verbandsstraßen, bezw. deren Ersatzstraßen, in handlicher Größe, damit der Kraftfahrer und Autoreisende sich schon vor der Fahrt und während derselben den geeignetsten Weg zurechtlegen kann.

Im übrigen werden die Wegetafeln das erste jedermann in der Oeffentlichkeit in die Augen fallende Zeichen von dem Vorhandensein und der Wirksamkeit des Ruhrsiedlungsverbandes bilden und das Bewußtsein von der Verkehrseinheit des Verbandsgebietes hervorrufen und stärken — Impondorabilien, die für eine gedeihliche Arbeit des Verbandes nicht unwichtig sind und die man nicht unterschätzen soll.

Ein Wort zur Verfassunggebenden Kirchenversammlung.

Von Pfarrer Dr. A. Schröder.

Ende August beginnen die Verhandlungen der preußischen Verfassunggebenden Kirchenversammlung (V. K.), und damit soll nun endlich auch für die größte deutsche protestantische Landeskirche der durch die Zeitverhältnisse notwendig gewordene Neubau geschaffen werden

Die kirchlichen Behörden und Ausschüsse haben fleißige Vorarbeit geleistet, aber es ist kein Gedanke daran, daß nun in der V. K. alles hübsch glatt und schnell zur entsprechenden Erledigung kommen werde. Das leidige kirchliche oder kirchenpolitische „Richtungs"-wesen ist gerade in Preußen so stark ausgeprägt, daß auch die drängende Not der Zeit hier kaum etwas geändert hat, und daß man auch für das eigentliche Gebot der Stunde, eine großzügige wirkliche Volkskirche, durchaus nicht überall das nötige Verständnis aufbringt. Man kann nur hoffen und wünschen, daß die V. K. trotz aller Kämpfe und Kompromisse zu einem Ergebnis gelangen möchte, das wenigstens einigermaßen dem protestantischen Volkskirchenideale entspricht, und das, wenn auch in bescheidenem Maße, einen gewissen kirchlichen Fortschritt bedeutet. Dieser gute Wunsch ist umso angebrachter als ja die preußische Landeskirche immer eine führende Stellung hatte, und darum jetzt sehr, sehr viele Augen auf sie gerichtet sind.

Ein heftiger Streit geht bereits seit Wochen um die sogenannte Präambel, das heißt, den Vorspruch zur Verfassung, der den unveränderten Bekenntnisstand der preußischen Landeskirche bezeugen soll. Der kurze, schlichte und bei aller Evangeliumbetonung auch wieder evangelisch weitherzige Entwurf des Evangelischen Oberkirchenrates erschien einer kleinen Mehrheit im Verfassungsausschuß doch nicht orthodox genug, und so ergänzte man die Sache durch Nennung einzelner kirchlicher Bekenntnisschriften usw. und brachte eine Formel zustande, die nun ganz „eindeutig" sein sollte. Aber wer Kirchen- und Religionsgeschichte kennt, der weiß, daß gerade immer die ausführlicheren Bekenntnisformeln auch die mehrdeutigsten waren, und so hat denn beispielsweise die gesamte Berliner theologische Fakultät, also einschließlich ihrer nach rechts gerichteten Mitglieder, ihre warnende Stimme gegen die unglückliche Ausschuß-Formulierung erhoben, und das hat weithin kräftige Zustimmung gefunden. Es wäre gut, wenn die V. K. den völlig ausreichenden Vorspruch des Evang. Oberkirchenrates wiederherstellen und damit einem endlos weiteren und wirklich ganz überflüssigen Bekenntnisstreite immerhin etwas vorbeugen würde.

Ueberdies gibt es ja zur Verfassung selbst so vieles zu sagen und zu denken! Wird man in Preußen, wie z. B. in Sachsen und in Mecklenburg, einen Landesbischof haben? Der Verfassungsausschuß konnte sich mit dem Bischofsgedanken nicht befreunden, wohl zumeist in Rücksicht auf die rheinischen Gemeinden, wo mit dem „Bischof" allerlei kirchliche Vergleiche und Erinnerungen auftauchen könnten, die sehr bitterer Art sein möchten. Die Frage ist nicht leicht, aber zuerst und zuletzt würde gerade bei einem preußischen Landesbischof alles auf die rechte Persönlichkeit ankommen, eine Persönlichkeit, die in gleicher Weise Volkskirche und Volkskirche zu betonen und zu vertreten wüßte. In diesem Zusammenhang wird es um die Frage der kirchlichen Machtverteilung gehen; und da es sich nicht um irgend welche hierarchisch-katholisierende Bestrebungen drehen kann, so gilt es hier lediglich, einen möglichst gerechten und sachgemäßen Ausgleich bezüglich der kirchlichen Rechtsbefugnisse zu schaffen, also festzustellen, was Kirchenregiment, Synode, Einzelgemeinden und Pfarrämter zum Besten des kirchlichen Ganzen zu besorgen und zu betätigen haben. Dabei wird wieder die kirchliche Wahlfrage eine sehr wichtige Rolle spielen, insonderheit das Problem, ob die Kirchengemeinden schon jetzt insoweit als ein wirkliches Kirchenvolk anzusprechen sind, daß man Urwahlen einführen kann. Sollte man hinsichtlich der kirchlichen Spitze auf eine Art Kirchensenat zukommen, so würde nicht nur die Zusammensetzung, sondern vor allen auch der persönliche Vorsitz seine Schwierigkeiten haben, es wäre die Frage, ob ein Laie oder ein Geistlicher, ein Vertreter von Gemeinde und Synode oder ein Repräsentant des Evangelischen Oberkirchenrats für diesen wichtigen Posten zu bestimmen sei. Im Freistaat Sachsen, an dessen Kirchenverfassung gewiß gerade bei diesem Punkte erinnert werden wird, kannte man das Problem so lösen, daß man den Vorsitz des „Landeskirchenausschusses" dem Landesbischof vorbehielt; als weitere Mitglieder wurden dann der Konsistorial- und der Synodalpräsident vorgesehen, sowie zwei kirchlich besonders bewährte Persönlichkeiten die sonst keiner kirchlichen Behörde angehören.

Der springende Punkt

bei allen Bleichsüchtigen, Blutarmen, Nervenkranken und Körperschwachen, die nach schwerem Kriegserleben, nach langen Darbejahren der Unterernährung, nach chronischen Krankheiten und ernsten Operationen sich so gar nicht recht erholen können und allmählich in den Zustand dauernder Erschlaffung und Vergrämung hineingeraten, ist ein krankes Blut. „Bluterneuerung!" heißt daher für dieses Heer der Leidenden die Parole. Neues frisches Blut gibt dem Körper wieder Frische, dem Wollen wieder Können, den Nerven wieder Spannkraft. Unter den vielen Stärkungsmitteln dieser Art leistet nach den Urteilen vieler Aerzte und den Dankschreiben ungezählter Geheilter Vorzügliches das von der Chemischen Fabrik J. F. Neuhaus, Ottweiler/Saar hergestellte gesetzlich geschützte Neoferrol. Wohlschmeckend, von anregendem, likörartigem Geschmack, so leicht bekömmlich, daß es auch der Magenkranke verträgt, hilft es selbst da, wo alle anderen Mittel erfolglos versucht sind. Neoferrol ist in allen Apotheken und besseren Drogengeschäften zu haben. Preis 75.— Mk. pro Flasche.

Niederlagen: Alte Apotheke, Marktplatz, Ecke Rosenstr.; Hubertus-Apotheke, Bochum-Ehrenfeld; Drogerie E. A. Hucklenbroich, Brückstr. 15; Drogerie F. u. H. Knepper, Dorstenerstr. 93; Drogerie Störing, Hellwegstr. 1; Germania-Drogerie, Carl Balkenhol, Kaiser-Friedrich-Platz 9; Humbolut-Drogerie, Eugen Schuh, Allee- u. Humboldtstr.-Ecke Kronen-Drogerie, Josef Grosche, Jäger- u. Kronenstr.-Ecke; Präsident-Drogerie, Friedr. Meißner, Dorstenerstraße 72; Rechen-Drogerie, Heinrich Wippermann jr., Westfalenplatz; Schwanen-Drogerie, A. Peil, Friedrichstr. 34; Stadt-Drogerie, Bongardstr. 19; Westfalia-Drogerie, Hattingerstr. 34. In: Weitmar b. Bochum: Drogerie W. Stens, Hattingerstr. 98; Drogerie Otto Wehmer, Hattingerstr. 105.

Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und die Post findet unverändert zum 60fachen Betrage des Nennwertes statt.

Wochenmarkt. Der Samstag-Wochenmarkt auf dem Wilhelmsplatz brachte reges Leben, das schon in den Frühstunden einsetzte. Die Angemessenheitspreise wurden nach Tunlichkeit beobachtet. Das hinderte aber nicht, daß einzelne Waren teurer, andere wieder billiger zum Verkauf gelangten. Eier kosteten 8.— Mk., Butter 125—135 Mk., Margarine 75—82 Mk., Kartoffeln 4.50—4.80 Mk.; bedeutend im Preise zurückgegangen waren Pflaumen, während sie am vergangenen Samstag 20—22 Mk. pro Pfund kosteten, stand jetzt der Preis auf 14—16 Mark. Kochäpfel wurden zu 9 und 10 Mk. abgegeben.

* Verfassungsgeld. Wie die Berliner Blätter melden, wurden anläßlich des Verfassungsgedenktages die ersten Stücke des neuen Hartgeldes, etwa 1000 Dreimarkstücke aus Aluminium, als Verfassungsgedenkmünzen in den Verkehr gebracht.

Schäferhundschau. Die 1. Haupt-Zuchtschau deutscher Schäferhunde des Landesverbandes Westfalen, Ruhrgebiet und Bergisches Land im Verein für deutsche Schäferhunde S. V. Sitz München fand gestern in Bochum statt. Der Verein ist international und über ganz Deutschland, Holland, Schweiz usw. vertreten. Er zählt über 40 000 Mitglieder und weist 500 Ortsgruppen auf. Der Ortsgruppe Bochum, die unter Leitung des Verwaltungs-Obersekretärs Hekner-Bochum steht, war die Schau übertragen worden, die in den Anlagen der Kaiser-Aue in Grumme abgehalten wurde. Gemeldet waren aus dem Westen 150 Hunde; doch konnten nur 125 zugelassen werden, da die weiteren Meldungen zu spät eintrafen. Die besten Hunde erhielten das Prädikat vorzüglich, dann folgten die Prädikate: sehr gut, gut und befriedigend. Erstere zwei Gattungen sind zu Zuchtzwecken verwendbar; 3 und 4 dienen als Schutz-, Begleit- und Wachhunde. Das Nullprädikat gilt als „unbrauchbar". Bei der Prämierung erhielten Preise in der Altersklasse Rüden: den ersten Preis „Horst vom Teufelsgrund" Besitzer Frau Walter Schweder in Gevelsberg; den zweiten Preis „Aurix vom Alfredspark, Besitzer Robert Jakob in Essen; den dritten Preis „Bodko von Rasselberg", Besitzer J. Nühnen in Essen-West; den vierten Preis (Ersatzpreis) „Jokel vom Nierfeld", Besitzer Anton Schmitz in Essen-West. Altersklasse Hündinnen: den ersten Preis „Afra vom Sandhof", Besitzer Louis Grünewald, Elberfeld; den zweiten Preis „Ortrud vom Seerein", Besitzer Johann Schreck, Köln; den dritten Preis „Blanka, genannt, Hexe vom Volk", Besitzer August Blumbach, Elberfeld-Sonnborn; den vierten Preis „Betty vom Erholungshaus", Besitzer Ew. Wittmar, Wiesdorf; den fünften Preis „Adda von der Lennepe Altstadt", Besitzer G. Heinenberg, Barmen. Zur Verteilung gelangten 100 Geld- und 30 wertvolle Ehrenpreise. Die Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen stiftete eine silberne Medaille, die Stadt Bochum 2 Ehrenpreise, hiesige Brauereien, Kaufhäuser und Mitglieder des Vereins etwa 30 000 Mark. Zu dieser im öffentlichen Interesse liegenden ersten Haupt-Zuchtschau hatten sich viele Freunde und Interessenten von Nah und Fern eingefunden. Leider beeinträchtigte am Nachmittage das Regenwetter den Besuch des Konzerts in den schönen Anlagen der Kaiser-Aue. Der Ortsgruppe Bochum unter ihrer rührigen Leitung können wir zum schönen Gelingen dieser Veranstaltung nur beglückwünschen.

Polizeibericht. Einem Studenten, der von Jena nach Bochum reiste, wurde im Hagener Bahnhof von einem angeblichen Albert Hense aus Bochum, der sich auf der Fahrt an ihn herangemacht hatte, das gesamte Gepäck gestohlen, während der Eigentümer sich in den Waschraum begeben hatte, um Toilette zu machen. — Im Verwahrung der Kriminalpolizei befindet sich eine silberne Herrenuhr Nr. 10 924, die am 6. 8. vormittags im Wartesaal 3/4. Klasse von einem unbekannten verkauft wurde. Im Innendeckel der Uhr befindet sich ein fast ausgekratzter Name (Franz, Zuname unleserlich), Münster 1916. Die Uhr ist sehr wahrscheinlich gestohlen. Der rechtmäßige Eigentümer wolle sich auf Zimmer 41 der Polizeidirektion melden.

dra. Anzugstoffe — Gegenstände des täglichen Bedarfs. Anzugstoffe, auch besserer Beschaffenheit, sind Gegenstände des täglichen Bedarfs. Diese Entscheidung mußte nicht nur das Landgericht Schwerin fällen, sondern sogar noch das Reichsgericht bestätigen. Man kann dem nur beipflichten, umsomehr als gerade die besseren Stoffe die haltbaren und darum die billigeren sind. Verwunderlich ist nur, daß dazu ein Urteil des Reichsgerichts nötig war. Die Entscheidung wird jetzt auch vom Reichswirtschaftsministerium den Preisprüfungsstellen mitgeteilt.

ha. Fragen der Zwangsimpfung. Zum Impfzwang hat das Oberverwaltungsgericht eine Reihe von wichtigen Entscheidungen getroffen, die jetzt vom Reichsgesundheitsamt zusammengestellt worden sind. Sie lauten u. a.: Die Polizeibehörde ist berechtigt, die Vorführung eines Kindes vor dem Impfzwang anzuordnen, selbst wenn in einem ärztlichen Zeugnisse das Kind für nicht impf-

Prüfung an der Märkischen Verwaltungsschule. An der Märkischen Verwaltungsschule, die von den Städten Bochum, Herne und Wattenscheid, dem Landkreise Bochum und den Aemtern Eickel und Wattenscheid im Herbste 1920 eingerichtet worden ist, fanden am 26. Juli 1922 erstmalig die Abschlußprüfungen der Sparkassenlehrgänge statt. Von den 9 Schülern, welche sich der Prüfung unterzogen, konnte allen das erstrebte Zeugnis erteilt werden. Im Einzelnen erhielten 4 Schüler das Zeugnis über das Bestehen der ersten Sparkassenprüfung (1 mit Gut, 1 mit Im ganzen gut, 2 mit Noch ausreichend) und 5 Schüler dasjenige über das Bestehen der 2. Sparkassenprüfung (2 mit Sehr gut, 2 mit Im ganzen gut und 1 mit Ausreichend.)

* 2500 Mark für ein Zwanzigmarkstück! Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 14. bis 20. August unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 2500 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 1250 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende

fähig erachtet wird. Die Polizeibehörde kann aber nur dann die sofortige Nachholung der Impfung fordern, oder die zwangsweise Impfung androhen, wenn nach der endgültigen Entscheidung des Impfarztes eine Impfgefahr für das impfpflichtige Kind schon seit Jahresfrist nicht mehr vorhanden war. Unzulässig ist auch die Androhung einer zwangsweisen Impfung vor der endgültigen Entscheidung des zuständigen Impfarztes über die Impffähigkeit des Impfpflichtigen. Wenn bei tatsächlicher Verhinderung des Vaters die Mutter die elterliche Gewalt über ihr Kind ausübt, so ist diese auch für die Erfüllung der Impfpflicht bei dem Kinde verantwortlich. Ein nur zeitweise die Impffähigkeit aussprechendes Attest hindert die Polizei nicht, innerhalb der Jahresfrist die Nachholung der Impfung zu verlangen.

ha. **Schnellzüge vor und nach dem Kriege.** Die Reisegeschwindigkeit deutscher Schnellzüge betrug vor dem Kriege 1913 zwischen Berlin und Hamburg 89 Kilometer, war 1919 auf 62 Km. zurückgegangen, beträgt jetzt 64 Km. Zwischen Berlin und Breslau sind die drei Zahlen 78, 56 und 57, Berlin und Königsberg 76, 52 und 55, Berlin und München 76, 51, 54, München und Frankfurt 73, 42, 49, Frankfurt und Basel 72, 51, 52; Breslau und Dresden 70, 55, 55, München und Stuttgart 65, 50, 54 Km. Im Ausland fuhr man 1913 von Paris nach Calais 91,7 Km., jetzt 83,3, Paris—Bordeaux 80,2, jetzt 65 Km., Paris—Lyon 73,3 und 64,8 Km., London—Liverpool 76,6 und 65, Rom—Genua 51,2 und 49,9, Rom—Bologna 51,1 und 50,3 Km. Die größten Geschwindigkeiten sind also noch nirgends wieder eingeholt.

ha. **Eine Aufgabe für Lehrer auf Wartegeld.** Lehrer, Lehrerinnen, Präparandenanstaltslehrer usw. sind jetzt in großer Zahl auf Wartegeld gesetzt, weil ihre feste Anstellung nicht möglich ist. Auch Fachlehrer sind ohne Beschäftigung. Sehr viele haben die Befähigung als Turnlehrer. Die zuständigen Minister machen deshalb darauf aufmerksam, daß diese Kräfte vorübergehend mit den Geschäften eines Bezirks- und Kreisjugendpflegers betraut werden können. Sie hätten als solche im Auftrage der Schulabteilung und unter ständiger Fühlung mit den Kreisschulräten die Leibesübungen der Schulentlassenen und der Schuljugend, namentlich auf dem Lande, durch Beratung der Lehrer und durch Veranstaltung von Fortbildungslehrgängen zu fördern. Es kann ihnen dazu eine Aufwandsentschädigung aus Mitteln des Jugendpflegeamts bewilligt werden, die den Unterschied zwischen dem Wartegeld und dem Gehalt ausgleicht und die Reisekosten und Barauslagen ersetzen würde.

ha. **Was bedeutet der weiße Streifen an den Telegraphenstangen?** Zur Verhütung von Waldbränden hat die Reichsbahn jetzt im Hochsommer die beteiligten Dienststellen beauftragt, die getroffenen Vorkehrungen sorgfältig zu prüfen und zu überwachen. Diese Maßnahmen gelten dem Schutz der Waldstrecken, die einer Entzündung durch Flugfeuer besonders ausgesetzt sind. Besonders ist zu sorgen für Wundhaltung der Schutzstreifen und Schutzgräben, für ausreichende Bewachung gefährdeter Stellen und für eindringliche und wiederholte Unterweisung der Lokomotivpersonale. Gefährdete Waldstrecken werden an den Telegraphenstangen durch einen weißen Oelfarbanstrich gekennzeichnet, der einen Meter breit ist. Er wird bei allen Neuanlagen und bei der weiteren Unterhaltung angebracht.

Ein Brief 6 Mark Porto.

Infolge der neuen Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Staatsarbeiter hat sich das Reichspostministerium bereits Mitte Juli genötigt gesehen, für den 1. Oktober eine neue Gebührenordnung vorzunehmen.

Inzwischen ist eine weitere Erhöhung der allgemeinen Teuerungszuschläge um 55 Prozent und vom 1. August ab eine solche von 80 Prozent bewilligt worden. Durch diese neuen Ausgaben wird der Posthaushalt jährlich um weitere 9,5 Milliarden Mark belastet, für die keine Deckung vorhanden ist. Deshalb hat sich das Reichspostministerium veranlaßt gesehen, die bisher geplante Gebührenerhöhung fallen zu lassen und eine weitergehende Gebührenordnung auszuarbeiten, die den Teuerungsverhältnissen Rechnung trägt und eine Steigerung um fast 50 Prozent der bestehenden Gebühren vorsieht.

Danach sollen ab 1. Oktober der Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm 1,50 Mk., über 20 Gramm bis 100 Gramm 4 Mk., über 100—250 Gramm 6 Mark kosten.

Im Fernverkehr betragen die Kosten für einen Brief bis 200 Gramm 6 Mk., über 20—100 Gramm 7 Mk., über 200—250 Gramm 8 Mk.

Für die Postkarte ist im Ortsverkehr eine Gebühr von 1 Mk., im Fernverkehr 4 Mk. vorgesehen.

Für Pakete bis 5 Kilogramm kommen 12 Mark in der Nahzone in Frage. Für die Fernzone betragen die Portosätze bis 5 Kilogramm 24 Mk.

Die Sätze für Versicherungsgebühren bei Wertbriefen für je 1000 Mk. sind auf 2,50 Mk., bei Wertpaketen für je 1000 Mk. auf 3 Mk. erhöht. Als Mindestgebühr für derartige Sendungen sind 4 Mk. in Aussicht genommen.

Postanweisungen bis 100 Mk. kosten 4 Mk, über 100—250 Mk. 5 Mk., über 500—1000 Mk. 7 Mk. usw. Die Erhöhung der Postanweisungsgebühr wird auch eine entsprechende Erhöhung der Gebühren für Zahlkarten mit sich bringen.

Im Telegraphenverkehr soll die Wortgebühr auf 3 Mk., im Fernsprechverkehr der Zuschlag zu den gesetzlichen und verordnungsmäßigen Fernsprechgebühren auf 400 Prozent festgesetzt werden.

Zur Beratung der neuen Gebührenordnung hat der Reichspostminister den Verkehrsbeirat für den 4. September einberufen.

Vereinigung für Heimatkunde.

Heimatkunde treiben bedeutet, sich nicht nur mit den Schicksalen, Erlebnissen und Taten der Menschen, die die engere Heimat bewohnten und bewohnen, befassen; es bedeutet auch, deren Tier-, Pflanzen- und Gesteins-Welt liebevolle Beachtung zu schenken. Die Vereinigung für Heimatkunde in Bochum handelte deshalb ganz ihren Bestrebungen entsprechend, als sie ihre Mitglieder jüngst zu einer naturkundlichen Wanderung einlud. Studienrat Dr. Wesselscheid hatte die Führung übernommen. Eine gut zweistündige Wanderung führte die stattliche Schar der Heimatfreunde von Haus Weitmar, durch Weitmar-Holz (Kamelbaum), an der Koster Brücke vorüber nach Stiepel.

Das Land zwischen Ruhr und Lippe ist Großkampfabschnitt an der Kampffront um des deutschen Volkes Dasein. Kampf bedeutet Zerstörung. Das Ruhrgebiet gab Hunderttausenden deutscher Brüder aus dem Norden, Osten und Süden des Reiches Arbeit und Brot, erhielt sie, ihre Kräfte, ihr Können dem Vaterlande, bewahrte sie vor dem Schicksal, Kulturdünger fremder Völker zu werden. Dafür mußte es neben vielen, vielen anderen Schätzen seine Naturschönheit, seine — nach erhaltenen Mitteilungen aus vergangenen Jahrhunderten zu urteilen — reiche Tier- und Pflanzenwelt opfern. Nur spärliche Reste — wie Weitmar-Holz — der ehemals stattlichen Wälder, in denen neben der vorherrschenden Buche, vor allem die Linde und Eiche vertreten waren, sind dem Geschlechte der Gegenwart erhalten geblieben. Vernichtet ist die bunte Mannigfaltigkeit der Pflanzenwelt, die einst im Schatten der Bäume, an klaren Waldbächen, auf sonnigen Lichtungen gedieh. Zur Seltenheit geworden und kaum zu finden sind einige wenige Stellen, an denen noch Salbei, Mauerpfeffer, Leinkraut, Bärenklau, Spierkraut, Aronstab, Königskerze und Ruprechtskraut sich erhalten haben. Hart und rauh packt und hetzt das Leben den Industrielandbewohner; er steht ganz im Banne der Wunder, die des Menschgeistes Geschöpfe sind. Wie viele der Industrielandbewohner nehmen heute noch Einblick in die Wunderwelt der Pflanzen?! Leider nur wenige. Denn wenn alle diejenigen, welche in freien Stunden eine unbestimmte Sehnsucht in den Wald zieht, einmal mit sehenden Augen betrachteten, wie großartig die Natur auch die Pflanzen ausgestattet hat, wenn sie einmal verfolgten, wie der Samen der Hainbuche durch ein propellerartiges Gebilde zu freien, lichten Waldstellen getrieben wird, wenn sie einmal beobachteten, wie das efeublättrige Leinkraut mit zarten Rankenfinger die Felswand, an der es wuchert, abtastet und nach einer Spalte sucht, in den es seinen Samen legen kann, dann würden sie schon aus Achtung vor der Natur, die den Pflanzen genau so gut liebevolle Mutter ist wie den Menschen, davon abstehen, jede Blume, die ihnen auffällt, rücksichtslos auszureißen, um sie nach ein paar Stunden wieder fortzuwerfen. Wir hier im Lande zwischen Ruhr und Lippe sind arm geworden an Naturschönheiten, und wir haben allen Grund, dafür zu wirken, daß die wenigen noch vorhandenen Reste geschützt und geschützt werden.

Im Anschluß an die sehr anregend gestaltete naturkundliche Wanderung fand eine Besichtigung der Kirche in Stiepel statt. Herr Pastor Balster zeigte den Bochumer Gästen alles, was dieses sehr alte Gotteshaus an Sehenswertem besitzt und gab einen kurzen Ueberblick über ihre Geschichte. Die Kirche wurde schon im Jahre 1003 von der Gräfin Imma von Stiepel als Schloßkapelle gestiftet. Ursprünglich als romanische Kreuzkirche angelegt, wurde sie bei der später erforderlich werdenden Erweiterung zu einer im gotischen Stil gehaltenen Hallenkirche ausgebaut. Mancherlei tief einschneidende Wechsel überlebte sie im Laufe ihres mehr als neunhundertjährigen Daseins. Patron der Kirche ist der jeweilige Besitzer des Hauses Kemnade. So ist denn heute die Stadt Bochum Patron der Kirche und Rechtsnachfolgerin der Familien von Stiepel, Kemnade, Dücker, Romberg, von der Reck, Syberg, Berswordt-Wallrabe geworden. Im Jahre 1596 trat die Patronatsfamilie zum lutherischen Glauben über und gemäß dem damaligen Grundsatze „cuius regio, eius religio" wechselten auch die Andachtsformen in der Kirche. Haus Kemnade lag ursprünglich ebenso wie die Kirche auf dem rechten Ruhrufer. Mitte des 15. Jahrhunderts empfand jedoch auch die Ruhr Verlangen nach Abwechslung. Sie verließ ihr altes Bett, welches auf der Höhe von Kemnade etwa der Richtung der heutigen Bahnlinie gefolgt sein soll, und suchte sich einen neuen Weg, der Burg und Kirche trennte. Der bauliche Zustand ist sehr schlecht, und man möchte es der altehrwürdigen, erinnerungsreichen Gedenkstätte wünschen, daß sich ein Meister der Kirchenbaukunst fände und ihr innen und außen das Ansehen verlieh, welches sie ihrer Anlage und Geschichte nach verdient. R. K.

Hütet Eure Säuglinge in der heißen Jahreszeit!
10 Gebote für Mütter

mitgeteilt von Kinderarzt Dr. Weil.

1. Ernährt das Kind an der Brust; dadurch verleiht Ihr ihm den besten Schutz gegen die Sommerkrankheit der Säuglinge, den Brechdurchfall.
2. Genügt die Nahrung nicht, setzt keinesfalls ab, sondern futtert zu.
3. Flaschenkinder müssen unverdorbene Milch erhalten, darum haltet zunächst Flaschen und Geschirre peinlichst sauber, dann stellt die abgekochte Milch dauernd kühl, evtl. durch fließendes Wasser.
4. Die Milch darf erst kurz vor der Verabreichung mit Schleim und Zucker vermischt werden, denn die Mischung verdirbt leichter.
5. Schützt das Kind vor der großen Hitze, vor Ueberhitzung; denn sonst wird es durch den Hitzschlag, der sich hauptsächlich in Brechdurchfall äußert, lebensgefährdet.
6. Darum haltet den Wohnraum kühl, indem Ihr ihn ordentlich durchlüftet; fürchtet nicht so sehr den Zug, der viel ungefährlicher ist, als die Stubenhitze; besprengt den Boden mit Wasser.
7. Weg mit allen Federkissen! Roßhaarkissen und leichte Zudecke genügen durchaus bei schwülen Nächten, tagsüber laßt das Kind frei strampeln; das ist ihm eine Wohltat.
8. Weg mit den Gummiwindelhosen! (Wollt Ihr bei der Hitze einen Gummimantel?!) Der Gummi diene nur als Unterlage, nie zum Einwickeln.
9. Bei starkem Schwitzen wascht das Kind öfter mit Leitungswasser ab, gebt ihm gegen den Durst dünnen, abgekühlten Tee.
10. Viel Sonne gebt trotzdem Eurem Kind, nur nicht während der Mittagshitze!

Aus dem Landkreise Bochum.

lg. **Altenbochum**, 12. Aug. In der Sitzung der Gemeindevertretung nahm man zunächst zustimmend Kenntnis von den mit der Großindustrie wegen Aufbringung des Gemeindefehlbetrages für 1922 getätigten Verhandlungen. Sodann wurde die Einführung einer Grundsteuer nach dem gemeinen Wert beschlossen. Der Entwurf einer bezüglichen Steuerordnung soll in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. Zur Gewährung von Bauzuschüssen zu neuerrichteten Wohnungsbauten, zur Herstellung weiterer Wohnungen und Schulräumen usw. soll eine Anleihe von 3 Millionen Mark aufgenommen werden. Von den Verhandlungen mit Schulte-Vels wurde ebenfalls Kenntnis genommen. Danach soll die neue Straße zwischen Neuer Hellweg und Wasserstraße im nächsten Jahre ausgebaut und der Teil des Neuen Hellwegs zwischen Wilhelm- und Wittenerstraße zunächst nur in Niveauhöhe aufgeschüttet werden. Im übrigen sollen die Wiese, das Grundstück am Sportplatz und das Straßenstück der neuen Straße zur Wasserstraße mit Draht eingefriedigt werden. Wegen Ueberlassung des Sportplatzes (Verkauf oder Verpachtung) an die Sportvereine sind weitere Verhandlungen eingeleitet. Der Kleinsiedlungsgenossenschaft Altenbochum wird für die zu errichtenden 4-Einfamilienhäuser an der Wilhelmstraße das Gemeindedarlehen in gleicher Höhe wie das Landesdarlehen unter gewissen Bedingungen bewilligt. Die freie Fürsorgerinnenstelle wurde Fräulein Schwarze aus Münster übertragen. Der hiesige Ziegenzuchtverein soll zugunsten der Bockhaltung eine Beihilfe von 3000 Mk. erhalten. Dem Verband der Jugendherbergen bewilligte man einen Jahresbeitrag von 10 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung. Dem Provinzial-Sammelausschuß „Brüder in Not" wurden zugunsten der hungernden Rußlanddeutschen 1000 Mk. bewilligt.

Aus der Nachbarschaft.

re. **Linden-Dahlhausen**, 11. Aug. Sein 15-jähriges Stiftungsfest feierte der Sportklub Dahlhausen Samstag, 12. Aug. Mitwirkende waren die Sängerin Frl. Friedel Beckmann aus Langendreer, Vortragskünstler und Bühnenschriftsteller Otto Franz Krause-Essen, Paul Schröder, Linden, Sänger zur Laute und L. Stader. Letzterer erfreute die Festteilnehmer besonders mit Darbietungen aus der Vereinsgeschichte des Sportklubs S.-C. D. aus den Jahre 1907 bis 1922. — Der Rangiermeister-Verband, Ortsgruppe Linden-Dahlhausen, hielt vor einigen Tagen hier eine Versammlung ab. Zwei Eisenbahnjubilare wurden besonders geehrt. Es sind die Eisenbahnrangiermeister Gottlieb Eckhardt und Emil Penner. Herr Eckhardt konnte am Festtage auf eine 40jährige und Herr Penner auf eine 25-jährige Tätigkeit im Staatseisenbahndienste zurückblicken. — Gemeinderat. Der Gemeindeverordnete Heinrich Gödde ist gestorben. Ausgeschieden aus der Gemeindevertretung Linden-Dahlhausen ist der Gemeindeverordnete August Borgin. Die Feststellung, welche Person als Ersatzmann eintritt, erfolgt am Montag, 14. August, vormittags 11½ Uhr im Amtshause zu Dahlhausen, Zimmer 7, durch den Wahlkommissar Herrn Amtmann Falke.

* **Wattenscheid**, 12. Aug. Mietzuschläge. Nunmehr hat auch die Stadtverwaltung die Aufschläge für die Grundmieten normiert. Nachdem eine Einigung zwischen den Organisationsvertretern der Vermieter und Mieter über die Festsetzung der Zuschläge zu den Grundmieten — das ist die um 20 Proz. herabgesetzte Friedensmiete — nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen nicht zustande gekommen ist, hat, wie wir erfahren, die Stadtverwaltung die Zuschläge wie folgt festgesetzt: 18 Proz. für die Steigerung der Zinsen der Vorkriegszeit und die Steigerung der Kosten für diese Belastung: 40 Proz. für die Betriebskosten, die nicht umgelegt werden, einschließlich der Verwaltungskosten. Die öffentlichrechtlichen Abgaben usw. werden nach dem Verhältnis der Grundmiete umgelegt; 100 Proz. für laufende Instandsetzungsarbeiten. Für besonders stark benutzte Räume wird ein weiterer Zuschlag von 40 Proz. erhoben. Eine besondere Anordnung erläutert, was unter laufenden und großen Instandsetzungsarbeiten zu verstehen ist. Die festgesetzten Sätze bedürfen jetzt noch der Zustimmung des Verbandspräsidenten beziehungsweise des Wohlfahrtsministers. Nachdem diese Genehmigung erteilt ist, wird die Anordnung öffentlich bekannt gemacht. Demnach beträgt, wenn die Sätze die Genehmigung finden, die gesetzliche Miete in Wattenscheid 158 Proz. bezw. 98 Proz. bei gewerblichen Räumen zuzüglich der Grundmiete. Hierzu kommen dann noch die umgelegten öffentlich-rechtlichen Abgaben. Ein Vergleich mit den Zuschlägen der Nachbarstädte zeigt, daß Wattenscheid die gleichen Sätze vorgesehen hat mit Ausnahme des Prozentsatzes für die Steigerung der Zinsen der Vorkriegszeit usw.

* **Welper**, 12. Aug. Gerüchte über Unterschlagungen und Schiebungen im Geschäftsbetrieb der Gartenstadt „Hüttenau", wo zurzeit wieder Häuser gebaut werden, laufen gegenwärtig hier um. Nachdem man den Grund dieser Gerüchte nachforschte, konnte, nach einem Bericht der „Hatting. Zeitung" festgestellt werden, daß ein Unternehmer und ein Materialienverwalter der Gesellschaft Hüttenau mehr Zement in Rechnung stellten, als geliefert, der Schaden von 150 000 bis 180 000 Mark aber durch vorhandene Sicherheit gedeckt wurde, der Hüttenau selbst aber kein Schaden entsteht. In der Sitzung des Aufsichtsrates und Vorstandes von Hüttenau konnte der Vorsitzende diese Feststellung mit dem Hinzufügen bestätigen, daß die unzulässige Ueberforderung zurzeit mit rund 144 000 Mk. ermittelt wurde.

* **Leithe**, 11. Aug. Gemeinderat-Sitzung. Am 9. Mai beschlossen Schuldeputation und Gemeinderat in ihren Sitzungen die Einrichtung von Konrektorstellen an den hiesigen Schulen mit dem Vorbehalt, daß auswärtige Lehrkräfte zur Besetzung nicht herangezogen werden dürften; es sollte demnach eine Stundung der Besetzung stattfinden. Die Regierung hat sich nach Mitteilung des Amtmanns Baumann mit dieser Klausel nicht einverstanden erklärt; sie besetze nach einer Verordnung die erste und vierte Stelle, die zweite und dritte Stelle verbleiben der Gemeinde zur Besetzung. Die Schuldeputation habe in ihrer vorausgegangenen Sitzung Stellung zu der Regierungsverfügung genommen und sei zu dem Beschluß gekommen, den ersten Beschluß aufrecht zu erhalten, weil die Mehrkosten allein von der Gemeinde zu tragen seien und die Einrichtung von neuen Stellen für Lehrkräfte von auswärts nicht möglich sei; die hiesigen Stellen seien alle besetzt. Die Gemeindevertretung billigte diesen Beschluß der Schuldeputation und genehmigte die Umwandlung von zwei Lehrerstellen in Konrektorstellen; die Besetzung darf aber einstweilen nicht erfolgen, weil die vorhandenen Lehrkräfte nicht das erforderliche Dienstalter haben. Die Rinnenpflasterung an der Heinrichstraße wurde einstweilen zurückgestellt. Der Verkehrsverein teilt mit, daß die Post nicht abgeneigt sei, in Leithe eine Posthilfsstelle einzurichten. Ob die Gemeinde eine geeignete Persönlichkeit und einen geeigneten Raum böte? Lücke, Kuhles und Rausch werden beauftragt, die Angelegenheit weiter zu bearbeiten und mit der Post die erforderlichen Verhandlungen zu pflegen. Die Unterstützung für die Rentenempfänger wird wie folgt festgesetzt: eine alleinstehende Person mit eigenem Haushalt erhält monatlich 600 Mk., ein alleinstehendes Ehepaar 1000 Mk., eine alleinstehende Person ohne eigenen Haushalt 300 Mk. und ein Kind 400 Mk. Diese Sätze gelten vom 1. August ab. Gleichzeitig wird beschlossen, die Sätze sofort neu zu prüfen und mit Rücksicht auf die Teuerung entsprechend zu erhöhen. Ferner soll die Rente in Zukunft halbmonatlich ausgezahlt werden. Den Rentenempfängern sollen pro Kopf drei Zentner Kartoffeln geliefert und die dafür erforderliche Summe vorgeschossen werden.

Aus den Provinzen.

* **Dortmund**, 12. Aug. Wohnungsbau-Abgabe. Der von den städtischen Körperschaften Ende Mai beschlossene Zuschlag in dreifacher Höhe der staatlichen Wohnungsbauabgabe ist von den zuständigen Behörden genehmigt worden. Es kommen somit für das Steuerjahr 1922 zur Erhebung für den Staat 25 Prozent, für die Stadt Dortmund 75 Prozent des der Veranlagung zur staatlichen Gebäudesteuer zu Grunde liegenden Nutzungswertes der Gebäude. Den Hausbesitzern bleibt es überlassen, die Abgabe auf die einzelnen Mieter zu verteilen, da sie von diesen die Rückerstattung der Abgabe verlangen können.

* **Solingen**, 12. Aug. Straßennamen. Die kommunistisch-sozialistische Stadtverordnetenmehrheit hatte die Baukommission mit der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die an die monarchistische Zeit erinnern, betraut. Die Kommission hat jetzt beschlossen, die Kaiserstraße in Hauptstraße umzutaufen, die Kronprinzenstraße in Düsseldorferstraße, den Kaiser Wilhelm-Weg zu Müngsten (unter der Brücke) in Müngstener Brückenweg, die Zollernstraße soll als verlängerte Schwertstraße gelten, der Bismarckplatz wird Bebelplatz, der Bülowplatz soll Liebknechtplatz heißen und dem Schützenplatz am Schlagbaum gibt man den Namen Platz der Republik. Der Gedenkstein zur Erinnerung an den Besuch des Kaisers Wilhelm in Müngsten soll verschwinden.

* **Münster**, 12. Aug. Auf interalliierten Befehl. Die beiden 30 und 60 Meter hohen Schornsteine des Klopperwerkes auf dem Gasübungsplatz Brelob sind auf Anordnung der interalliierten Militärkontrollkommission gesprengt worden.

* **Trier**, 12. Aug. Theatergemeinschaft. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte eine Theatergemeinschaft mit Godesberg, wonach das Godesberger Schauspielpersonal vom 1. Oktober ds. Js. ab bis zum 30. April 1923 in Trier spielt und vom 1. Mai ab in den Sommermonaten in Godesberg. Eine Sammlung unter der Bürgerschaft für das Theater ergab 700 000 Mark, doch wird noch mit weiteren Zuwendungen gerechnet. Die Versammlung bewilligte weiter 660 000 Mk. für die Instandsetzung städtischer Wohnhäuser.

Kirche und Schule.

Die Weltkirchenkonferenz gegen das Rüstungsfieber.

Der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen, der augenblicklich in Kopenhagen tagt, verhandelte am dritten Tage über die Frage der Abrüstung. Der amerikanische Völkerrechtslehrer Hull geißelte die Tatsache fortschreitender Rüstungen in der Welt trotz Kriegsbeendigung. Im Vordergrund der Aussprache stand die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Franzosen. Professor Dibelius betonte Deutschlands völlige Abrüstung, seine politische und seelische Bedrückung durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen. Seine rückhaltlos offenen versöhnlich gehaltenen Darlegungen machten offensichtlich starken Eindruck. Professor Monod-Paris antwortete mit Hinweis auf allerlei Schwierigkeiten, die den französischen Christen die Verständigung erschweren. Es wurde einstimmig folgende bedeutsame Erklärung angenommen: „Die Konferenz stellt fest, daß trotz aller durch die 14 Punkte des Präsidenten Wilson erregten messianischen Erwartungen, trotz der feierlichen Verpflichtung der alliierten Mächte im Waffenstillstandsabkommen und im Versailler Vertrag, trotz Völkerbund und der Konferenz von Washington, trotz der Sehnsucht aller Völker nach einer Erleichterung der Rüstungslasten die Gesamtzahl von Soldaten und die militärischen Ausgaben heute größer als vor 1914 und das Mißtrauen und Haß der Völker schlimmer sind als je. Die Konferenz erkennt zwar die Notwendigkeit an, eine der Wahrung der nationalen Sicherheit angemessene Wehrmacht beizubehalten in der Erwartung, daß der einst ein wirklicher Völkerbund über eine genügende Macht verfügt, sie legt es aber allen christlichen Kirchen als eine heilige Verpflichtung ans Herz, die seelische Abrüstung innerhalb jeden Volkes zu fördern, daß die Menschen für eine schleunige und allgemeine Einschränkung der Rüstungen eintreten wie auch für die Anwendung des schiedsgerichtlichen Verfahrens, wie dies jetzt durch die Einrichtung des internationalen Gerichtshofes im Haag möglich geworden ist".

Soziales Leben.

Schiedsspruch im Malergewerbe.

Der Reichs- und Staatskommissar fällte am 10. August folgenden Schiedsspruch:

1. Die Stundenlöhne erhöhen sich in allen Lohngebieten für die Zeit vom 16. bis 31. August 1922 um Mk. 8.—, für die Zeit vom 1. bis 15. September um weitere 3.50 Mk.

   Für den Fall, daß in der Zeit vom 1.—15. September die wirtschaftlichen Verhältnisse sich derartig verschlechtern sollten, daß in verwandten Berufen wesentlich höhere Löhne vereinbart oder durch Schiedsspruch festgelegt werden sollten, soll auch für das Malergewerbe die Möglichkeit bestehen, über eine weitere Lohnerhöhung zu verhandeln. Diesbezügliche Anträge sind bis spätestens 12. September 1922 der Gegenseite einzureichen.
2. Bei beiderseitige Annahme des Schiedsspruches sind für die Dauer desselben örtliche Begehren auf Abänderung unstatthaft.
3. In der strittigen Ferienfrage, den Bezirk Köln betreffend, erklärt sich der Schlichtungsausschuß mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Reichstarifvertrages für unzuständig.

1 Dollar am 12. Aug. 765 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 11. „ 868 „

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen	11. Aug. Geld	11. Aug. Brief	12. Aug. Geld	12. Aug. Brief	Höchst. bish. G.
Holland 100 G.	33458.1	33541.9	30362.0	30438.0	33458.1
Belgien 100 Fr.	6641.65	6658.35	6067.40	6082.60	6541.80
Norwegen 100 Kr.	14856.4	14893.6	13508.5	13541.9	14881.3
Dänemark 100 Kr.	18526.8	18573.2	16828.9	16871.1	18601.7
Schweden 100 Kr.	22621.6	22678.3	20574.0	20625.0	22571.7
Italien 100 Lir	3945.05	3954.95	3585.50	3594.50	3920.05
England 1 St.	3875.15	3884.85	3495.60	3504.40	3855.15
Amerika 1 D.	868.91	871.09	781.52	783.48	866.41
Frankreich 100 Fr.	6991.25	7008.75	6367.—	6383.—	6946.25
Schweiz 100 Fr.	16579.	16620.	14881.3	14918.6	16779.0
Spanien 100 Pes.	13383.2	13416.7	11935.5	11964.5	13583.0
Dtsch.-Oest. 100 Kr.	1.50½	1.54½	1.38	1.42	—.—
Tsch.-Slow. 100 Kr.	2157.13	2162.70	2072.40	2077.60	2167.25
Ungarn 100 Kr.	59.30	60.08	54.93	55.07	—.—